

ÖkologiePolitik

Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei

Nr. 204 | September 2026



Wirtschaft, Arbeit, Menschenwürde

ödp

Titelthema: Menschenwürde in der Wirtschaft

- 4 **Kurzmeldungen**
von Prof. Dr. Herbert Einsiedler
- 6 **Künstliche Intelligenz**
„Welches Szenario eintritt, ist eine Gestaltungsaufgabe“
Interview mit Andreas Dohmen
- 8 **Lohnnebenkosten**
Wie menschliche Arbeit attraktiv bleiben kann
Interview von Dr. Peter Schneider
- 13 **Ordnungsethik**
Wirtschaft ist kein Selbstzweck
von Thomas Schiffelmann
- 20 **Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme**
„Auf Gefahren hörbar hinweisen!“
Interview mit Prof. Dr. Dr. Elmar Nass

ÖDP – Neues aus der Partei

- 24 **Bundesvorstand**
Eine Wirtschaftspartei für ein gutes Leben für alle
von Günther Brendle-Behnisch
- 26 **Bundesverband**
Gemeinsam mehr bewegen:
Strategien für starke ÖDP-Vorstände
von Prof. Dr. Herbert Einsiedler
- 28 **Hilfe für Hunde und Katzen – Petition unterschreiben!**
von Manuela Ripa
- 30 **Der Ökologische Rat der ÖDP**
- 31 **Verstärkung für die Bundesgeschäftsstelle**
- 32 **EU-Abgeordnete Manuela Ripa**
Wirtschaftswende ist die Antwort
für eine nachhaltige Zukunft
- 35 **Landesverbände, unter anderem:**
Volksbegehren „Macht auf Zeit“ in Bayern
Neuer Landesvorstand in Baden-Württemberg
Abschied von Maria Birkeneder und Ingrid Pannhorst
- 40 **ÖDP aktiv!**
Die Wirtschaft sollte diverser werden
Interview mit Mathias Rady
- 43 **Termine, Impressum**



Liebe Leserinnen und Leser,

EDITORIAL

Günther
Hartmann

Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel

Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur





Künstliche Intelligenz

„Welches Szenario eintritt, ist eine Gestaltungsaufgabe“

Durch den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) wird sich unsere Arbeitswelt stark verändern. Ob positiv oder negativ für das Gemeinwohl, liegt an den politischen Weichenstellungen. Ein ehemaliger Spitzenmanager der IT-Branche hat sich intensiv mit dieser Thematik befasst.

Interview mit Andreas Dohmen

ÖkologiePolitik: Herr Dohmen, wie verändert sich durch KI unsere Arbeitswelt?

Andreas Dohmen: KI verändert vor allem die Wissensarbeit – und damit erstmals systematisch die Tätigkeiten von Akademikern. Maschinen haben körperliche Arbeit übernommen, KI greift jetzt dort ein, wo Sprache, Analyse und das Verarbeiten großer Informationsmengen gefragt sind. Das betrifft Kanzleien, Steuerberatung, Programmierung, Journalismus und Teile der Medizin. In diesen Feldern ist KI uns oft überlegen – schneller, präziser und rund um die Uhr verfügbar.

Wer profitiert von KI?

Unternehmen, die KI klug in ihre Wertschöpfung integrieren. Und Wissensarbeiter mit hoher KI-Kompetenz. Innerhalb der Be-

Andreas Dohmen

Jahrgang 1959, studierte Kernphysik, Informatik (KI) und Betriebswirtschaftslehre, arbeitete als Manager bei großen IT-Unternehmen sowie als selbstständiger Unternehmensberater und Coach. In den 2010er-Jahren studierte er berufsbegleitend Ethik an der jesuitischen Hochschule für Philosophie München. Heute arbeitet er vornehmlich als freier Dozent.

www.andreas-dohmen.com



rufgruppen wird es deutliche Polarisierungen geben zwischen denen, die KI für sich zu nutzen wissen, und denen, die das nicht können. Das Pensum, für das eine Kanzlei bisher 10 Mitarbeiter brauchte, wird sie künftig eventuell mit 3 leisten können. Die Trennlinie verläuft damit nicht mehr zwischen Berufen, sondern innerhalb von Berufen.

Wer verliert generell?

Gefährdet sind Routinetätigkeiten und standardisierte Aufgaben – auch hochqualifizierte. Besonders schwierig wird es für Berufseinsteiger. Bisher wuchsen junge Akademiker langsam in ein Unternehmen hinein, übernahmen anfangs einfachere Aufgaben und lernten dabei das Geschäft.

Genau diese Einstiegsaufgaben übernimmt heute die KI. Damit fehlt jungen Menschen die Brücke in den Beruf. Wir riskieren eine Generation, die exzellent ausgebildet ist, aber kaum Einstiegspositionen findet, an denen sie wachsen kann.

Wer ist nicht oder kaum betroffen?

Berufe, in denen körperliche Präsenz, Empathie, situatives Urteil und persönliche Beziehung gefragt sind: Handwerk, Pflege, Erziehung, Therapie – und auch der Vertrieb, wo Vertrauen, Verhandlungsgeschick und das Lesen von Menschen über den Abschluss entscheiden. Ebenso Führungskräfte mit ausgeprägter Urteilskraft, die in widersprüchlichen Situationen abwägen und Verantwortung übernehmen. Bemerkenswert ist: Jene menschlichen Eigenschaften, die in der Effizienzlogik der letzten Jahrzehnte an den Rand gedrängt wurden, rü-

„Kommt der Produktivitätsfortschritt bei den Arbeitnehmern an oder bleibt er bei den wenigen Tech-Plattformen?“

cken wieder in den Mittelpunkt. Tätigkeiten, die lange als weniger prestigeträchtig galten, werden strukturell wichtiger und seltener. Das sollte sich auch in der Entlohnung niederschlagen.

Welche gesellschaftspolitischen Konsequenzen hat das?

Das hängt vom Saldo ab. Werden mehr Arbeitsplätze ersetzt als neue entstehen, brechen Lohnsteuereinnahmen weg – bei steigenden Sozialausgaben. Denkbar ist auch das Gegenteil: dass KI die Produktivität so stark steigert, dass Wohlstand und neue Beschäftigung entstehen – wie bei früheren technologischen Wellen. Welches Szenario eintritt, ist eine Gestaltungsaufgabe.

Andreas Dohmen
Wie digital wollen wir leben?
Die wichtigste Entscheidung für unsere Zukunft
Patmos, September 2019
272 Seiten, 24.00 Euro
978-3-8436-1151-0



Was müsste getan werden, damit sich das positive Szenario einstellt?

Ich sehe vier Stellschrauben. Erstens Bildung: ein Umbau von Schule, Hochschule und Weiterbildung – weg von Wissensvermittlung als Selbstzweck, hin zu Urteilskraft und souveränem Umgang mit KI. Wer KI nur

„Wenn Wertschöpfung zunehmend aus Kapital statt aus Arbeit kommt, muss unser Verteilungssystem darauf reagieren.“

konsumiert, statt sie zu beherrschen, wird verlieren. Zweitens der Berufseinstieg: Wie sammeln junge Menschen Erfahrung, wenn die klassischen Einstiegsaufgaben wegfallen? Drittens – die entscheidende Frage: Wer profitiert vom Produktivitätsfortschritt? Kommt er bei den Arbeitnehmern an, in Form höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit oder mehr Beschäftigung? Oder bleibt er bei den wenigen Tech-Plattformen hängen, denen Modelle, Daten und Rechenzentren gehören? Wenn Wertschöpfung zunehmend aus Kapital statt aus Arbeit kommt, muss unser Verteilungssystem darauf reagieren. Viertens demokratische Kontrolle: Da KI-Systeme zunehmend über Menschen entscheiden – z. B. bei Krediten, Bewerbungen, Diagnosen –, brauchen wir Transparenz und Haftung. Der EU AI Act ist nur ein erster Schritt.

Herr Dohmen, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Interview mit Andreas Dohmen
„Wir kennen die Algorithmen der Konzerne nicht“
ÖkologiePolitik, 06.12.2019
www.t1p.de/wyv3g

Interview mit Andreas Dohmen
„Die Entwicklung steht erst am Anfang“
ÖkologiePolitik, 13.03.2018
www.t1p.de/3t5c4

Lohnnebenkosten

Wie menschliche Arbeit attraktiv bleiben kann

Nach dem Fachkräftemangel rücken nun zwei andere Entwicklungen in den Fokus: der fortschreitende Abbau von Industriearbeitsplätzen und die drohenden Arbeitsplatzverluste durch künstliche Intelligenz. In Deutschland werden beide Entwicklungen wesentlich durch die hohen Lohnnebenkosten beeinflusst.

von Dr. Peter Schneider

Steigende Lohnnebenkosten erhöhen die Arbeitskosten und den Rationalisierungsdruck auf Unternehmen. Unternehmensabläufe werden daher kontinuierlich überprüft und optimiert, um Personalkosten und damit den Personaleinsatz zu reduzieren. Auch die zunehmende Burn-out-Rate lässt sich zumindest teilweise auf diesen Rationalisierungsdruck zurückführen. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein genauer Blick auf die Entwicklung der Lohnnebenkosten, die im Wesentlichen von der Höhe der Sozialversicherungsbeiträge bestimmt werden. Dabei soll nicht der Eindruck entstehen, dass die Zukunft der Arbeit ausschließlich von Kosten bestimmt wird oder dass die Arbeitskosten allein für die hohe Arbeitslosigkeit in den Industrieländern verantwortlich sind. Gleichwohl spielen Löhne und Lohnnebenkosten eine zentrale Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit menschlicher Arbeit in einer zunehmend automatisierten und digitalisierten Weltwirtschaft.

Hohe Sozialversicherungsbeiträge bremsen den Arbeitsmarkt

Die Sozialversicherungsbeiträge überschreiten im Jahr 2026 mit mehr als 42 %, bezo-

gen auf den Bruttolohn, bereits deutlich die 40-%-Zielgrenze, die sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag 2018 gesetzt hatten. Diese Abweichung von 2 Prozentpunkten wäre weniger dramatisch, wenn die Perspektive in eine andere Richtung weisen würde. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht steht die notwendige Begrenzung der Lohnnebenkosten aber in einem Zielkonflikt zu den bevorstehenden weiteren Steigerungen in den Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen. Diese erwarteten Stei-

Löhne und Lohnnebenkosten spielen eine zentrale Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit menschlicher Arbeit.

gerungen ergeben sich aus der demografischen Entwicklung und den gestiegenen Leistungsanforderungen im Gesundheitssystem. Insbesondere der Beitragssatz in der Rentenversicherung muss schon 2028 von heute 18,6 % auf 20 % des Bruttolohns angehoben werden.

Dieser über Jahrzehnte aufgebaute Zielkonflikt hat sich in einem gordischen Kno-

ten zusammengezogen, den die großen Parteien bisher nicht lösen konnten. Das arbeitsmarktpolitische Problem der weiter steigenden Lohnnebenkosten ist ebenso ungelöst wie die zukünftige Finanzierung der Sozialversicherungen. Reformansätze im aktuellen Politikgeschehen kommen über Reparaturen der Sozialversicherungssysteme nicht hinaus. Auch die Vorschläge

Dr. Peter Schneider

Jahrgang 1961, studierte Informatik, promovierte in Volkswirtschaftslehre und arbeitete in der IT-Beratung sowie in verschiedenen Führungspositionen im Controlling. In die ÖDP trat er 1985 ein, 2009 aus und 2018 wieder ein. Von 1990 bis 1993 war er Landesvorsitzender der ÖDP Rheinland-Pfalz, von 2020 bis 2023 Stellvertretender ÖDP-Bundesvorsitzender und dabei auch jeweils Mitglied der Bundesprogrammkommission.

peter.schneider@oedp.de



der von der Bundesregierung beauftragten Rentenkommission halten am Bismarck'schen System fest, dass Lohnkosten die alleinige Bemessungsgrundlage der Rentenversicherung bilden: Der im Juni 2026 vorgelegte Vorschlag einer ergänzenden Kapitalrente erhöht die Lohnnebenkosten um zusätzliche 2 Prozentpunkte.

Ebenfalls seit Jahrzehnten gibt es jedoch einen Lösungsansatz, der eine „doppelte Dividende“ verspricht: Statt die Unternehmen mit Lohnnebenkosten zu belasten, werden Abgaben auf den Rohstoffverbrauch und Emissionen erhoben und mit diesen die Sozialversicherungen finanziert. Das Bismarck'sche Modell als alleinige Grundlage der Sozialversicherung hat im 21. Jahrhundert ausgedient. Die Grundlagen für diesen Ansatz hat der Ökonom Hans Christoph Binswanger bereits in den 1980er-Jahren aufgezeigt. Insbesondere in

seinem Klassiker „Arbeit ohne Umweltzerstörung“, der im Arbeitskreis Wirtschaft des BUND entstanden ist, zeigt er das Konzept auf, das in den 1990er-Jahren als „ökologi-

Das Problem der weiter steigenden Lohnnebenkosten ist ebenso ungelöst wie die zukünftige Finanzierung der Sozialversicherungen.

sche Steuerreform“ weiterentwickelt wurde. Die ÖDP hat diesen Ansatz bereits in ihrem ersten wirtschaftspolitischen Programm in 1985 auf den Weg gebracht.

Die „doppelte Dividende“ dieser ökologischen Steuerreform besteht darin, dass Arbeit von Abgaben entlastet wird und gleichzeitig Rohstoffverbrauch und Emissionen durch höhere Abgaben zurückgehen. Für die Wirtschaft insgesamt wären damit CO₂-Bepreisung und andere Belastungen aus Umweltabgaben keine Mehrbelastung, sondern eine aufkommensneutrale Steuer- bzw. Abgabereform.

Der im Juni 2026 vorgelegte Vorschlag einer ergänzenden Kapitalrente erhöht die Lohnnebenkosten um zusätzliche 2 Prozentpunkte.

Die Bundesregierung versucht dagegen, wirtschaftspolitische Notwendigkeiten und umweltpolitische Anforderungen gegeneinander auszuspielen. Klimaziele werden infrage gestellt, weil vermeintlich nur so der Deindustrialisierung entgegengewirkt werden könne. Es ist jetzt schon absehbar, dass die Industrieverbände reduzierte Umweltstandards und -ziele fordern werden, falls

die im Juni 2026 vorgelegte Rentenreform umgesetzt wird. Allein die 2 Prozentpunkte höheren Lohnnebenkosten aus der Kapitalrente werden die Verbände nicht auf sich sitzen lassen.

Steuerfinanzierte Sozialversicherungen lösen gordischen Knoten

Wir stellen uns folgendes Szenario vor: Die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung werden vollständig ersetzt durch Emissions-, Ressourcen- und Rohstoffsteuern. Die Fokussierung auf die Arbeitgeberbeiträge hat bereits 1994 das im Auftrag von Greenpeace erstellte Gutachten „Ökosteuer – Sackgasse oder Königsweg?“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aufgezeigt. Auch die ÖDP hat sich in dem Konzept der ökologischen Steuerreform schon seit dem Bundestagswahlprogramm 1994 auf die Arbeitgeberbeiträge fokussiert. Dies hätte folgende Konsequenzen:

- Der derzeitige Rentenbeitragssatz von 18,6 % führt in diesem Szenario zu einer Reduktion der Lohnkosten für Arbeitgeber um fast 9,3 % der Bruttolohnsumme. Für eine exakte Berechnung wäre noch die Beitragsbemessungsgrenze zu berücksichtigen. Brutto- und Nettolöhne bleiben unverändert. Der Rationalisierungsdruck in Unternehmen wäre ebenso gemindert wie die Schwelle für Neueinstellungen.

- Statt der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung zahlen Unternehmen rohstoff- und emissionsbasierte Umweltsteuern. Unternehmen haben damit einen stärkeren Anreiz, zu recyceln, zu reparieren und zu sanieren, denn Arbeits- und Rohstoffkosten verschieben sich gegenläufig. Das heißt, Arbeitskosten verringern sich und Kosten für Rohstoffe verteuern sich. Auch die Abhängigkeit von Rohstoffimporten vermindert sich.
- Die Hälfte des bisherigen Beitragsaufkommens der staatlichen Rentenversicherung, der bisherige Arbeitgeberanteil, steht als Potenzial für eine Rentenreform zur Verfügung. Der neue steuerfinanzierte Anteil der Rentenversicherung aus den Umweltsteuern könnte als pauschalisierte Pro-Kopf-Rente ausbezahlt werden.

Aus Sicht der Arbeitnehmer schaffen deutlich geringere Lohnnebenkosten zudem Spielraum für steigende Bruttolöhne. Mindestens diejenigen Arbeitnehmergruppen, die eine gute Marktposition aufweisen, können höhere Bruttolöhne durchsetzen. Die Nachfragekurve der Arbeitgeber verschiebt sich nach oben, weil sie mit weniger Lohnnebenkosten kalkulieren können. Dieser Aspekt wird die Rolle der menschlichen Arbeit nicht unerheblich verändern.

Vorteile einer Pro-Kopf-Rente für eine Reform des Rentensystems

Eine pauschale Pro-Kopf-Rente könnte Bestandteil einer umfassenden Rentenreform sein. Gegebenenfalls ist dieser Ansatz sogar verfassungsrechtlich geboten, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen. Kurt Rieder hat diese „Grundrente“ als 1 von 3 Eigenschaften bereits 2021 in der ÖkologiePolitik 187 in seinem Beitrag „Eckpfeiler des neuen ÖDP-Rentenkonzepts“ vorgestellt. Ihre Wirkung auf die Rentenzahlungen wäre degressiv:

- Rentenbeitragszahler mit höherem Einkommen erhalten eine vergleichsweise geringere Rentenzahlung gegenüber dem bisherigen System.
- Für Rentenbeitragszahler mit mittlerem Einkommen ändert sich nichts, die Rentenzahlung bleibt nahezu identisch, etwas höher und niedriger – je nach Abstand des eigenen Einkommens vom Break-even der Rentenhöhe. Der Break-even in diesem Sinne ist das Einkommen, ab dem die Rentenzahlung höher ist als die Zahlung aus dem bisherigen System.
- Rentenbeitragszahler mit niedrigem Einkommen profitieren.

Die steuerfinanzierte pauschale Pro-Kopf-Rente bietet weiteres Potenzial für die Ausgestaltung einer umfassenden Rentenreform, z. B. auch die Einbeziehung von Beamtenpensionen in die Reform.

Klimageld konsequent zur negativen Einkommenssteuer erweitern

Wir kommen zurück zu weiteren Aspekten einer ökologischen Steuerreform. Das größte Hindernis in der Umsetzung ist die bisher fehlende Kompensation der Verbraucher. Die rot-grüne Bundesregierung hatte bei der Einführung der ökologischen Steuerreform im Jahr 1999 zwar die Rentenver-

Kurt Rieder
Die g.u.t.e. Rente: gerecht, unbürokratisch, transparent, existenzsichernd
ÖkologiePolitik, 08.12.2021
www.t1p.de/va3tz

Stefan Bach, Claudia Kemfert
30 Jahre DIW-Vorschlag zur ökologischen Steuerreform: verpasste Chance für den Klimaschutz
DIW, 13.08.2024
www.t1p.de/apn14

sicherungsbeiträge der Arbeitnehmer paritätisch zu den Beiträgen der Arbeitgeber reduziert, aber für alle Nicht-Arbeitnehmer gab es keinerlei Kompensation für die damals eingeführten Energiesteuern. In dieser fehlenden sozialen Abfederung liegt eine

Eine ökologische Steuerreform entlastet die Arbeit von Abgaben, gleichzeitig gehen Rohstoffverbrauch und Emissionen durch höhere Abgaben zurück.

wesentliche Ursache dafür, dass eine weitergehende Umsetzung der ökologischen Steuerreform nach 2003 ausgeblieben ist.

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Bundesregierung wurde 2021 zwar das Klimageld als Kompensation für die CO₂-Bepreisung verankert, aber trotz steigender staatlicher Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung kommt es bis heute nicht zur Umsetzung. Das Klimageld als monatlicher Pauschalbetrag würde die Weiterentwicklung von der ökologischen Steuerreform zu einer ökologisch-sozialen Steuerreform aus 2 Gründen rechtfertigen:

- Es wären alle Verbraucher einbezogen, nicht nur die Arbeitnehmer.
- Das Klimageld wirkt degressiv auf die Einkommensverteilung.

Bezieher niedriger Einkommen erhalten mit dem Klimageld eine Kompensation für einen Mindestbedarf an fossilen Energieträgern und viele Verbraucher werden zu Netto-Gewinnern der CO₂-Bepreisung, wenn sie diesen Mindestbedarf gar nicht benötigen. Demgegenüber werden Bezieher höherer Einkommen mit einem durchschnittlich vielfach höheren Verbrauch an fossilen Energieträgern zu den Netto-Ver-

Für die Wirtschaft wären CO₂-Bepreisung und andere Umwelt-abgaben eine aufkommensneutrale Steuer- bzw. Abgabereform.

lierern der CO₂-Bepreisung gehören. Sie erhalten weniger Klimageld als sie CO₂-Abgaben direkt oder indirekt abführen.

Die ökologisch-soziale Steuerreform ist natürlich nicht beschränkt auf Klimapolitik und fossile Energieträger. Die CO₂-Bepreisung sollte nur beispielhaft aufzeigen, was auch für das Ziel einer Kreislaufwirtschaft möglich ist. Denn für andere Rohstoff- und Emissionssteuern lässt sich das Klimageld nun auf einfache Weise erweitern, indem die monatliche Pauschale erhöht wird. In der Fachliteratur und im ÖDP-Grundsatzprogramm wird diese weitergehende Kompensation für Rohstoff- und Emissionssteuern auch als

Ökobonus bezeichnet. Der Wirkmechanismus ist identisch zum Klimageld.

Mit dem Klimageld und dem Ökobonus erhält ein Konzept neue Beachtung, das bereits in den 1960er-Jahren breit diskutiert wurde: die negative Einkommenssteuer. Klimageld und Ökobonus können zu einem solchen Konzept weiterentwickelt werden mit dem Ziel, die Vielfalt an Sozialleistungen zu reduzieren und durch eine Grundpauschale, eben die negative Einkommenssteuer, zu ersetzen. Ein Zwischenschritt dahin wäre, dass ein monatlicher Grundbedarf an Lebenshaltungskosten indirekt von der Mehrwertsteuer befreit wird. Das wird erreicht, indem über die Grundpauschale ein Mehrwertsteuer-Anteil von vielleicht 50 bis 100 Euro monatlich pro Person erstattet wird.

Soziale und ökologische Transformation können sich ergänzen

Seit Jahrzehnten bleiben grundlegende Reformen in der Renten- und Wirtschaftspolitik aus, weil der Zielkonflikt zwischen niedrigen Lohnnebenkosten einerseits und stabilen Renten trotz des demografischen Wandels andererseits als unauflösbar erscheint. Statt der angestrebten Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge erleben wir über Jahrzehnte eine kontinuierliche Steigerung des Anteils der Sozialversicherung an den Lohnkosten. Der hier aufgezeigte Weg öffnet dagegen nicht nur die Tür für eine Entlastung der Arbeit, sondern auch eine Tür für eine ökologische Transformation: die Dekarbonisierung und die ebenfalls notwendige Transformation der Wirtschaft in eine Recyclingwirtschaft. Wirtschaft und Umwelt müssen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, weil Wirtschaft und Umwelt nur gemeinsam den Menschen dienen können.

Ordnungsethik

Wirtschaft ist kein Selbstzweck

Die Achtung der Menschenwürde weist den Weg in eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung: Eine Wirtschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, verbindet soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Nachhaltigkeit und schafft damit die Grundlage für eine enkeltaugliche Zukunft auf diesem Planeten.

von Thomas Schiffelmann

Die aktuelle Wirtschaftsordnung steht unter Legitimationsdruck. Klimakrise, globale Ungleichheit, digitale Überwachung, prekäre Beschäftigung und die fortschreitende Ökonomisierung nahezu aller Lebensbereiche werfen die Frage auf, welchem Ziel wirtschaftliches Handeln eigentlich dienen soll. Lange Zeit dominierte in den west-

Wohlstand allein garantiert weder soziale Gerechtigkeit noch die Achtung menschlicher Würde.

lichen Industriegesellschaften die Vorstellung, dass wirtschaftliches Wachstum und technischer Fortschritt gleichsam automatisch zu gesellschaftlichem Wohlstand und individueller Freiheit führen würden. Diese Annahme erweist sich jedoch zunehmend als unzureichend. Denn Wohlstand allein garantiert weder soziale Gerechtigkeit noch die Achtung menschlicher Würde.

Gerade aus einer ökologisch-demokratischen Perspektive muss deshalb die Frage neu gestellt werden, welches Menschenbild der Wirtschaft zugrunde liegt. Ist der Mensch lediglich Produktionsfaktor, Konsument und Humankapital? Oder besitzt er einen Eigenwert, der sich ökonomischer

Thomas Schiffelmann

Jahrgang 1977, studierte Wirtschaftswissenschaften, arbeitete in mehreren Unternehmen und ist seit 2011 im gemeinnützigen Sektor tätig. In die ÖDP trat er 2020 ein, war 4 Jahre stellvertretender Bundesschatzmeister und ist seit 2024 Vorstandsvorsitzender der ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung. Aktuell promoviert er zu „Menschenwürde in der Wirtschaft“ an der Munich Business School in Partnerschaft mit der Sheffield Hallam University.

thomas.schiffelmann@oedp.de



Verwertung grundsätzlich entzieht? Die Idee der Menschenwürde bildet den entscheidenden normativen Maßstab, an dem jede Wirtschaftsordnung gemessen werden muss. Sie markiert die Grenze dessen, was mit Menschen geschehen darf, und zugleich den Auftrag, wirtschaftliche Strukturen so zu gestalten, dass Freiheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.

Immanuel Kants Moralphilosophie

Bei der philosophischen Grundlegung dieses Gedankens bin ich im Rahmen meiner Dissertation in besonderer Weise auf Immanuel Kant gestoßen. Seine Ethik der Auto-



nomie und seine Konzeption des Menschen als Zweck an sich prägen bis heute das globale Verständnis von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zugleich bilden sie eine zentrale Grundlage für viele Verfassungen und eine menschenwürdige Wirtschaft. Sein Grundprinzip der Menschenwürde beruht auf der Achtung vor dem Anderen, der Anerkennung seines Rechts, zu existieren, und der Anerkennung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen.

Kants Moralphilosophie entstand im Kontext der europäischen Aufklärung. Gegen utilitaristische oder rein machtpolitische Auffassungen entwickelte er die Vorstellung, dass jeder Mensch aufgrund seiner Vernunftfähigkeit einen unveräußerlichen Wert besitzt. Dieser Wert ist nicht abhängig

Märkte sind nur Instrumente gesellschaftlicher Organisation, nicht oberste moralische Instanzen.

von Leistung, Herkunft, Nutzen oder sozialem Status. Der Mensch besitzt Würde, weil er zur moralischen Selbstbestimmung fähig ist. Berühmt geworden ist Kants Formulierung des sogenannten „praktischen Imperativs“: Der Mensch dürfe niemals bloß als Mittel, sondern müsse immer zugleich als Zweck behandelt werden.

Diese Aussage besitzt enorme wirtschaftsethische Bedeutung. Denn neoliberale Märkte tendieren dazu, Menschen auf ihre Funktionalität zu reduzieren, Arbeitnehmer auf ihre Produktivität, Konsumenten auf ihre Kaufkraft. Ältere, beeinträchtigte und kranke Menschen werden zu Kostenfaktoren.

Kant widerspricht einer solchen Reduktion entschieden. Für ihn existieren Dinge, die einen Preis haben, und Dinge, die

Würde besitzen. Was einen Preis hat, kann ersetzt werden; was Würde besitzt, ist unersetzbar. Der Mensch darf daher niemals vollständig den Mechanismen von Angebot, Nachfrage und Profit unterworfen werden. Gerade darin liegt die bleibende Aktualität der kantischen Ethik. Sie erinnert daran, dass Wirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zweck.

Soziale Dimension

Märkte sind nur Instrumente gesellschaftlicher Organisation, nicht oberste moralische Instanzen. Eine Wirtschaftsordnung verliert ihre Legitimität, wenn sie Menschen systematisch erniedrigt, ausbeutet oder ausschließt. Die deutsche Tradition der sozialen Marktwirtschaft – entstanden aus der Erfahrung totalitärer Systeme und der sozialen Verwerfungen des ungezügelter Kapitalismus im 19. Jahrhundert – verbindet deshalb wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Verantwortung und Wettbewerb mit Solidarität.

Eine Wirtschaftsordnung verliert ihre Legitimität, wenn sie Menschen systematisch erniedrigt, ausbeutet oder ausschließt.

Heute gerät diese Balance zunehmend unter Druck. Globale Lieferketten ermöglichen Ausbeutung unter Bedingungen, die dem Ideal der Menschenwürde fundamental widersprechen. Millionen Menschen arbeiten unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen für Löhne, die kaum das Existenzminimum sichern. Kinderarbeit, moderne Formen der Sklaverei und systematische Entrechtung migrantischer Arbeitskräfte sind keine Randerscheinungen der Weltwirtschaft, sondern strukturelle Folgen ei-

nes Systems, das Profitmaximierung häufig über menschliche Bedürfnisse stellt.

Ökologische Dimension

Eine Wirtschaftsweise, die natürliche Lebensgrundlagen zerstört, verletzt mittelbar ebenfalls die Menschenwürde. Denn Würde setzt reale Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens voraus: Zugang zu sauberem Wasser, gesunder Nahrung, intakten Ökosystemen und sozialer Sicherheit. Wer zukünftigen Generationen diese Grundlagen entzieht, missachtet die universelle Gleichwertigkeit menschlichen Lebens.

Hier zeigt sich die besondere Bedeutung ökologischer Politik. Ökologie ist nicht lediglich Naturschutz im technischen Sinn, sondern Ausdruck einer Ethik der Verant-

Eine Wirtschaftsweise, die natürliche Lebensgrundlagen zerstört, verletzt mittelbar die Menschenwürde.

wortung. Der Mensch steht nicht außerhalb der Natur, sondern ist Teil eines komplexen Beziehungsgefüges. Eine menschenwürdige Wirtschaft muss deshalb ökologisch nachhaltig sein.

Zunehmende Ökonomisierung

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Logik ökonomischer Verwertung immer stärker auf Bereiche ausgedehnt, die früher anderen normativen Ordnungen unterlagen. Das Bildungswesen wird zunehmend unter Effizienzgesichtspunkten betrachtet, das Gesundheitswesen nach Rentabilität organisiert und soziale Beziehungen werden in ökonomische Kategorien übersetzt. Diese Ökonomisierung verändert nicht nur Institutionen, sondern auch das Menschen-

Thomas Schiffelmann
Human dignity in different economic models compared to the Economy for the Common Good
Pages 176–192 in:
Economy for the Common Good
International Conference, 10.–12.06.2026
Conference proceedings (Tagungsband)
www.t1p.de/fcrwr

Vortrag von Thomas Schiffelmann
Menschenwürde in der Wirtschaft innerhalb sozialer und planetarer Grenzen
Sustainable Economy Summit, 22.04.2026
<http://y2u.be/328ViFZCSpl>

bild selbst. Der Mensch erscheint als Unternehmer seiner selbst, permanent verpflichtet zur Selbstoptimierung, Flexibilität und Effizienzsteigerung. Selbst Freizeit, soziale Kommunikation und persönliche Identität werden marktförmig organisiert.

Eine solche Entwicklung steht im Spannungsverhältnis zur Idee der Menschenwürde. Denn Würde bedeutet gerade, dass der Mensch mehr ist als seine ökonomische Leistungsfähigkeit. Eine humane Gesell-

Ökologie ist nicht lediglich Naturschutz im technischen Sinn, sondern Ausdruck einer Ethik der Verantwortung.

schaft erkennt den Eigenwert jedes Menschen unabhängig von Produktivität und Verwertbarkeit an.

Die politische Konsequenz daraus ist weitreichend. Der Staat darf wirtschaftliche Prozesse nicht ausschließlich unter Wachstums- oder Wettbewerbsaspekten regulieren. Vielmehr muss er die Bedingungen schaffen, unter denen Menschen ihre Freiheit tatsächlich verwirklichen können. Dazu gehören faire Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung, Bildungsgerechtigkeit und der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen.

Rechtliche Grundlagen

Die Idee der Menschenwürde besitzt heute nicht nur philosophische, sondern auch rechtliche Verbindlichkeit. Besonders deutlich zeigt sich dies auf Ebene der Vereinten Nationen und der Europäischen Union.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 beginnt mit der Feststellung, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind. Nach den Verbrechen des Nationalsozialismus sollte deutlich gemacht werden, dass menschliche Würde universell gilt und keinem politi-

Wirtschaftliche Freiheiten müssen mit sozialen Grundrechten, Arbeitnehmerrechten und ökologischen Schutzpflichten in Einklang gebracht werden.

schen Kalkül untergeordnet werden darf. Menschenrechte gelten nicht deshalb, weil Staaten sie gewähren, sondern weil jeder Mensch einen unveräußerlichen Eigenwert besitzt. Mit dem Global Compact und den Guiding Principles for Business and Human Rights der Vereinten Nationen wurde die Menschenwürde für alle Wirtschaftsakteure konkretisiert.

Die Grundrechtecharta der Europäischen Union erhebt die Menschenwürde ebenfalls ausdrücklich zur Grundlage aller weiteren Grundrechte. In den Sätzen 2 bis 4 der Präambel heißt es: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt die Person in den

Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.“ Und im deutschen Grundgesetz steht in Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Wirtschaftliche Freiheiten stehen deshalb nicht absolut, sondern müssen mit sozialen Grundrechten, Arbeitnehmerrechten und ökologischen Schutzpflichten in Einklang gebracht werden.

Digitale Technologien

Besonders relevant wird dies etwa bei Fragen der Plattformökonomie, des Datenschutzes oder der künstlichen Intelligenz. Wenn Algorithmen über Arbeitschancen, Kreditwürdigkeit oder soziale Teilhabe entscheiden, stellt sich unmittelbar die Frage nach der Wahrung menschlicher Autonomie. Eine Wirtschaft, die Menschen vollständig datengetrieben bewertet und kontrolliert, läuft Gefahr, sie auf ein digitales Profil zu reduzieren. Die menschenrechtliche Perspektive erinnert daran, dass technischer Fortschritt niemals Selbstzweck sein darf und dass Innovation dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt.

Im Bereich der Arbeit stellt sich die Frage der Menschenwürde besonders deutlich. Arbeit ermöglicht einerseits Selbstwirksamkeit, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Andererseits kann sie zum Ort von Entfremdung, Ausbeutung und psychischer Überforderung werden. Karl Marx analysierte diese Gefahr. Obwohl er philosophisch andere Wege als Kant ging, existiert zwischen beiden Denkern eine gemeinsame Intention: Der Mensch darf nicht zum bloßen Objekt wirtschaftlicher Prozesse reduziert werden!

In der Gegenwart zeigt sich diese Problematik etwa in prekären Beschäftigungsver-

hältnissen, permanenter Erreichbarkeit oder der zunehmenden Verdichtung von Arbeitsprozessen. Digitale Technologien schaffen zwar neue Freiheiten, erzeugen zugleich aber neue Formen der Kontrolle. Leistungsdaten, Verhaltensanalysen und algorithmische Bewertungssysteme können den Menschen zur permanenten Optimierung zwingen.

Ökologische Transformation

Eine menschenwürdige Arbeitswelt muss deshalb mehr sein als ein effizient organisierter Produktionsprozess. Sie benötigt Mitbestimmung, soziale Sicherheit, Gesundheitsschutz und echte Vereinbarkeit von Familie, Beruf und gesellschaftlichem Engagement. Gerade ökologische Transformationen bieten hier Chancen. Der Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft kann neue Formen regionaler Wertschöpfung, solidarischer Unternehmensformen und demokratischer Beteiligung fördern.

Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) beispielsweise orientiert sich nicht ausschließlich an finanziellen Kennzahlen, sondern an Menschenwürde, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung. Doughnut Economics hingegen ist ein ökonomisches Rahmenwerk, das Wohlstand so definiert, dass er innerhalb eines planetaren „Donuts“ bleibt – zwischen einer sozialen Untergrenze (Menschenwürde, Grundbedürfnisse) und einer ökologischen Obergrenze (Planetensensitivität), um Wirtschaftswachstum mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen.

Intergenerationelle Dimension

Die Idee der Menschenwürde endet nicht bei den heute lebenden Menschen. Sie besitzt auch eine intergenerationelle Dimensi-

Gemeinwohl-Matrix 5.1

WERTESÄULEN	MENSCHENWÜRDIGE	SOLIDARITÄT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
BERÜHRUNGSGRUPPEN				
A: LIEFERANT*INNEN	A1 Menschenwürde in der gesamten Lieferkette	A2 Solidarität und soziale Gerechtigkeit in der gesamten Lieferkette	A3 Ökologische Nachhaltigkeit in der gesamten Lieferkette	A4 Transparenz und Mitentscheidung in der gesamten Lieferkette
B: EIGENTÜMER*INNEN, EIGENKAPITAL- UND FINANZPARTNER*INNEN	B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	B4 Eigentumsstruktur und Miteentscheidung
C: MITARBEITENDE UND ARBEITSPARTNER*INNEN	C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz und im Arbeitsumfeld	C2 Gestaltung fairer und gerechter Arbeitsvereinbarungen	C3 Umweltfreundliches Verhalten der Mitarbeitenden	C4 Mitentscheidung und Transparenz innerhalb der Organisation
D: KUND*INNEN UND GESCHÄFTSPARTNER*INNEN	D1 Ethische Beziehungen mit Kund*innen	D2 Kooperation und Solidarität mit anderen Organisationen	D3 Umweltauswirkungen von Produkten und Dienstleistungen während der Nutzung und am Ende ihrer Lebensdauer	D4 Kund*innen mitwirkung und Produkttransparenz
E: GLOBALE GEMEINSCHAFT, NATUR UND LEBEWESEN	E1 Sinn von Produkten und Dienstleistungen sowie Auswirkungen auf Gesellschaft, Natur und Lebewesen	E2 Beitrag zum Gemeinwesen	E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen	E4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung



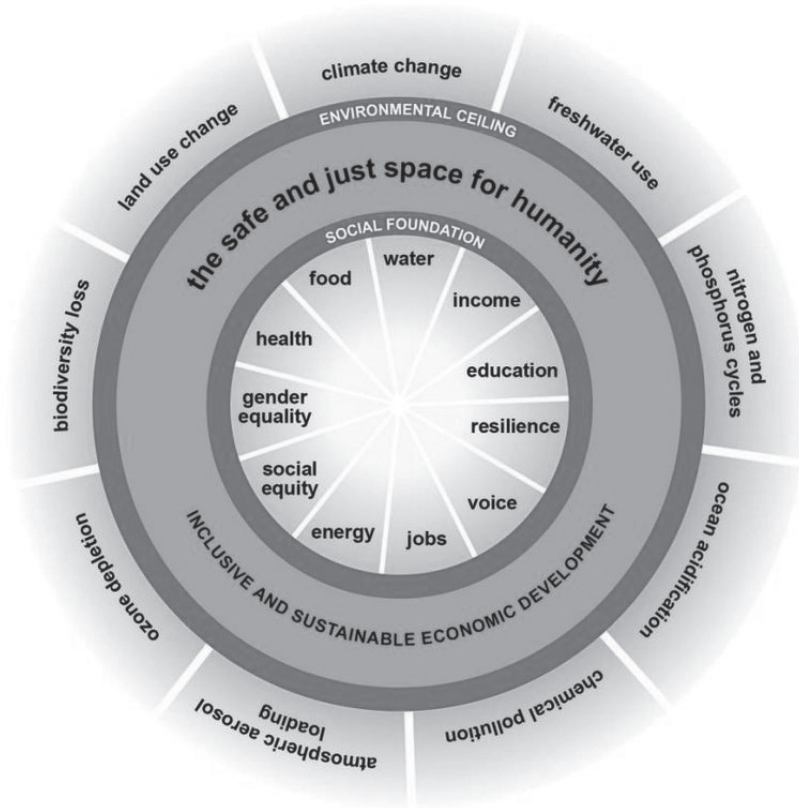
on. Wer natürliche Ressourcen zerstört, das Klima destabilisiert oder die Artenvielfalt vernichtet, beeinträchtigt die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen – wie das Bundesverfassungsgericht im März 2021 bestätigte. Damit erweitert sich die klassische Menschenrechtsfrage um eine ökologische Perspektive. Menschenwürde bedeutet nicht nur Schutz vor staatlicher Gewalt oder sozialer Ausbeutung, sondern auch Verantwortung für die langfristigen Bedingungen menschlichen Lebens.

In diesem Zusammenhang gewinnt das Prinzip der Nachhaltigkeit eine ethische Tiefendimension. Nachhaltigkeit ist nicht bloß effizientes Ressourcenmanagement, sondern Ausdruck moralischer Gerechtigkeit

zwischen den Generationen. Künftige Menschen besitzen zwar keine politische Stimme, haben aber einen legitimen Anspruch auf lebensfähige ökologische Bedingungen. Eine Wirtschaft, die kurzfristige Gewinne

Nachhaltigkeit ist nicht bloß effizientes Ressourcenmanagement, sondern Ausdruck moralischer Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

über langfristige Lebensgrundlagen stellt, widerspricht daher dem Gedanken der Menschenwürde. Ökologische Politik ist letztlich Menschenrechtspolitik. Darauf baute Marx



seine gesamten Ideen auf und setzte sich bereits 1842 in den „Debatten über das Holzdiebstahlsgesetz“ mit der Verbindung von Mensch und Natur auseinander.

Demokratische Dimension

Menschenwürde setzt demokratische Teilhabe voraus. Wenn sich wirtschaftliche Macht in wenigen globalen Konzernen konzentriert, entstehen neue Formen struktureller Abhängigkeit. Manche Konzerne verfügen über größere Finanzkraft als Nationalstaaten und können politische Entscheidungen erheblich beeinflussen. Demokratische Selbstbestimmung verliert an Substanz, wenn politische Handlungsspielräume durch globale Kapitalinteressen eingeschränkt werden. Eine menschenwürdige Wirtschaft benötigt deshalb eine demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Prozesse.

Menschenwürdige Wirtschaft bedeutet nicht die Abschaffung von Märkten, aber ihre Einbettung in soziale und ökologische Rahmenbedingungen.

Dies bedeutet nicht die Abschaffung von Märkten, wohl aber ihre Einbettung in soziale und ökologische Rahmenbedingungen. Eigentum verpflichtet; wirtschaftliche Freiheit darf nicht zur Herrschaft über andere Menschen führen.

Gerade die ökologische Krise zeigt, dass ungezügelte Marktmechanismen langfristig weder soziale noch ökologische Stabilität garantieren. Ohne politische Rahmensetzung werden ökologische Kosten externalisiert und auf die Allgemeinheit oder zukünftige Generationen abgewälzt. Die Wiedergewinnung demokratischer Gestaltungskraft gehört daher zu den zentralen

Aufgaben einer ökologisch orientierten Politik. Bürgerinnen und Bürger müssen reale Einflussmöglichkeiten auf wirtschaftliche Entwicklungen besitzen.

Die Frage nach der Menschenwürde in der Wirtschaft ist also die Frage nach dem Sinn des Wirtschaftens selbst. Die Wirtschaft ist kein naturgesetzlicher Prozess, sondern eine menschengemachte Ordnung. Sie kann deshalb auch nach ethischen Maßstäben gestaltet werden.

Notwendige Politik

Die Philosophie Kants erinnert daran, dass jeder Mensch einen unverfügbaren Eigenwert besitzt. Diese Einsicht bildet die Grundlage moderner Menschenrechte und demokratischer Rechtsstaatlichkeit. Sie verpflichtet dazu, wirtschaftliche Strukturen so zu gestalten, dass Menschen niemals zum Mittel fremder Interessen werden. Die Menschenwürde muss sich in den konkreten Strukturen des Wirtschaftens verwirklichen: in fairen Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherheit, demokratischer Mitbestimmung und ökologischer Verantwortung. Der Mensch muss bei allem wirtschaftlichen Denken und Tun als Zweck fundiert sein.

Eine soziale, ökologische und demokratische Politik kann hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. Sie verbindet die Achtung vor der Würde des Menschen mit der Verantwortung für die natürlichen Grundlagen des Lebens. Denn eine Wirtschaft, die Menschen und Natur gleichermaßen respektiert, ist nicht nur moralisch geboten, sondern Voraussetzung einer freien und zukunftsfähigen Gesellschaft. Die entscheidende politische Herausforderung des 21. Jahrhunderts besteht daher darin, die Wirtschaft wieder in den Dienst des Menschen zu stellen auf Basis der durch unsere Verfassungen gesicherten Menschenwürde. ●

Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme

„Auf Gefahren hörbar hinweisen!“

In China und den USA dominieren inzwischen autoritäre Versionen der Marktwirtschaft. Und in Deutschland werden die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft untergraben. Ein katholischer Theologe und Wirtschaftsethiker warnt vor ihrem Kollaps und fordert eine entschlossene Rückbesinnung auf humanistische Werte.

Interview mit Prof. Dr. Dr. Elmar Nass

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Nass, Sie veröffentlichten zwei Bücher über China. Warum?

Prof. Dr. Dr. Nass: Als katholischer Wirtschaftsethiker habe ich mich gefragt, was eigentlich das Wirtschaftssystem Chinas ausmacht. In der Präambel der chinesischen Verfassung wird es als „sozialistische Marktwirtschaft“ bezeichnet. Das klingt paradox. Und zugleich ist der Aufstieg Chinas vom Armenhaus zu einer führenden Wirtschaftsnation beeindruckend. Ich habe mich dann vor allem mit Texten des Staats- und Parteichefs Xi Jinping beschäftigt, die auf rund 3.000 Seiten seine Programmatik von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung offenlegen. Das ist ebenso fesselnd wie erschreckend zu lesen. Marktwirtschaftli-

„China soll bis 2049 führende Weltmacht sein. Personale Freiheit wird kollektiver Ideologie unterworfen.“

che Elemente wie etwa Unternehmertum, Privateigentum oder das Effizienzprinzip werden von ihren freiheitlichen Wurzeln abgetrennt und für einen autoritär-sozialistischen Plan adoptiert. Nach einem ersten Buch über die „sozialistische Marktwirt-

Prof. Dr. Dr. Elmar Nass

Jahrgang 1966, absolvierte eine Ausbildung zum Bankkaufmann, studierte anschließend Philosophie, Theologie und Sozialwissenschaft, wurde 1994 zum Priester geweiht, promovierte zweimal und habilitierte sich, war von 2013 bis 2020 Professor für Wirtschafts- und Sozialethik an der Wilhelm Löhe Hochschule Fürth und hatte von 2021 bis 2026 den Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften und gesellschaftlichen Dialog an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie inne.

www.elmarnass.de



schaft“ habe ich ein zweites Werk folgen lassen, in dem ich mich noch mehr mit dem Menschen- und Gesellschaftsbild befasse, das grundsätzlich Richtung und Ziele von Chinas Politik offenlegt, sei es in Wirtschaft, Militär, Handelsbeziehungen, Bildung oder Völkerrecht.

Worin widerspricht das chinesische Leitbild der christlichen Soziallehre?

Xi will als autokratischer Herrscher einen großen chinesischen Traum verwirklichen. Einerseits soll das Land bis 2049 führende Weltmacht sein, andererseits soll die marxistische Idee einer atheistisch dominierten, klassenlosen Gesellschaft verwirklicht werden. Solch irdische Eschatologie

ist totalitären Ideologien zu eigen. Sie widerspricht der christlichen Überzeugung, dass es ohne Gott kein Paradies auf Erden geben kann. Personale Freiheit wird kollektiver Ideologie unterworfen. Die Menschen sollen zu treuen Gefolgsleuten von

„Die Menschen sollen zu treuen Gefolgsleuten von Partei und Staatschef umerzogen werden.“

Partei und Staatschef umerzogen werden. Oppositionelle werden offen als Abschaum und Parasiten bezeichnet. Das widerspricht einer christlichen Letztverantwortung vor Gott und dem zentralen Wert der Würde. Andere Kulturen gelten als minderwertig. Deren Ideale und Werte sollen zersetzt werden. Solch nationalistische Hybris widerspricht der Wertschätzung kultureller Vielfalt und ist ein frontaler Angriff auf den christlichen Glauben. Ziel ist es, dass die Länder der Welt Chinas Kultur bewundern und sich wie Vasallen davon abhängig machen. Das Recht des Stärkeren soll an die Stelle christlicher Tugenden wie Nächstenliebe sowie der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität treten. Durch Spionage, Lügen und Gewaltandrohung – etwa gegenüber Taiwan – wird eine Kultur der Angst verbreitet, national wie international. Wahrheit, Frieden und Freiheit werden mit Füßen getreten.

Wie beurteilen Sie die Situation in den USA?

Amerika wieder groß zu machen, ist Ziel von US-Präsident Donald Trump. Dabei müsste er den „American Dream“ einlösen. In der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 lesen wir in §2: „Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich, dass alle Menschen gleich geschaffen sind, dass sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten un-

veräußerlichen Rechten ausgestattet sind, dass zu diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören.“ Diese Vision verspricht kein Paradies auf Erden. Trump will den großen Traum neu denken. Aus christlicher Sicht ist etwa sein Eintreten für den



„Xis Ziel ist es, dass die Länder der Welt Chinas Kultur bewundern und sich wie Vasallen abhängig machen.“

Lebensschutz zu begrüßen. Andere Akzente geben Anlass zur Sorge: Ob er wirklich an Gott glaubt? Sein autoritärer Führungsstil passt nicht zu den Idealen der Unabhängigkeitserklärung, ebenso wenig die Missachtung des geltenden Rechts. Wie er unliebsame Richter, Banker, Bischöfe oder andere Kritiker abkanzelt, widerspricht der Tugend des Respekts und der Würde. Trumps messianisches Auftreten vermittelt den Eindruck, dass er selbst das Paradies bringen wolle und nicht ein anderer. Nichts lag den Autoren der Konstitution ferner als solche Hybris. Das Recht des Stärkeren ist das libertäre Credo seiner Deals. Fehlende Selbstkritik, Narzissmus, Erpressung durch Zölle, Missachtung von Klimapolitik und fortlaufende Kriege sind die Instrumente. Trump hat einen Traum von Macht, der mit christlichen Werten wenig zu tun hat.

Wie beurteilen Sie die Situation in Deutschland?

Die Resilienz unserer freiheitlichen Demokratie hat Schaden genommen. Miss-
trauen in Eliten und Bedrohungen von
außen öffnen einer Kultur aus Angst und
Lügen die Tür. Damit erodieren wesentliche
Wertgrundlagen der Sozialen Marktwirt-

**„Amerika wieder groß zu machen,
ist Ziel von Donald Trump.
Das Recht des Stärkeren ist das
libertäre Credo seiner Deals.“**



Foto: KULTOURBIKES/pixabay.com

schaft. Deren Grundidee ist es, Eigen- und
Sozialverantwortung, sozialen Frieden,
Wettbewerb und Sozialstaat zu vereinen.
Das ist begründet in der christlichen Idee
der vierfachen biblischen Verantwortung
des Menschen vor Gott, vor sich, dem
Nächsten und für die Schöpfung. Ohne
diese Begründung verlieren Markt, Sozial-
staat, Klimapolitik und iredische Idee des
Zusammenlebens ihre humane Plausibili-
tät. Schnell kann etwas anderes an deren
Stelle gesetzt werden. Begründungsfreie
Narrative gleich welcher Art, vernunftfreie
KI-Evidenz oder aufgezwungene Fremdbestimmung durch China, USA o. a. könnten
die gebliebenen Reste politischer Tugend
zersetzen und ersetzen. Ich halte es deshalb

für notwendig, dass geradlinige Personen in
Politik, Wirtschaft, Kirchen und Kultur auf
solche Gefahren hörbar hinweisen und sich
für die beste Begründung humanistischer
Freiheit stark machen: Das ist das christ-
lich-soziale Fundament, das den Menschen
als Person in seiner Verantwortung, Be-
grenzung und gleichen Würde an Anfang
und Ziel einer guten Gesellschaft stellt.

**Ihr jüngstes Buch heißt „Europas Traum der
Freiheit“. Was ist das für ein Traum?**

Der Traum ist eine moralische Kultur-
idee: versöhnte Freundschaft. Er lernt aus
der schmerzhaften Geschichte jahrhunder-
telanger Feindschaften, Kriege und Konflikte,
aus den dunklen Erfahrungen von Kolonialismus,
Vernichtung und Vertreibung. Er schließt einen
moralischen Bund der Zuneigung, Treue,
Solidarität und Verlässlichkeit. Dieser Traum
ist freiheitlich und

**„Trump hat einen Traum von
Macht, der mit christlichen Werten
wenig zu tun hat.“**

humanistisch. Er grenzt sich von den Dik-
taten der sogenannten kommunistischen
„Völkerfreundschaften“ ab. Die freiheitliche
Versöhnung der Völker geht Hand in Hand
mit einer Versöhnung der humanistischen
Traditionen, die Europas Kultur prägen und
seine Werte begründen. Das sind vor allem
die Philosophie der Antike, Christentum
und freiheitliche Aufklärung. Diese Viel-
falt guter Begründungen gleicher Werte be-
reichert und stärkt das Fundament. Sie ist
unvereinbar mit einem ethischen Synkretis-
mus oder einer Ideologie bloß behaupteter
Werte. Der in versöhnter Freundschaft be-
gründete europäische Humanismus drückt
die gemeinsame Überzeugung aus, dass
gesellschaftliches Leben und Recht von der

Entfaltung jedes Menschen als Person ver-
standen werden müssen. So werden unbe-
dingte Rechte und Pflichten des Menschen
objektiv begründet. Weitere religiöse oder
säkulare Humanismen sind unter diesen
Prämissen als Freunde willkommen. Der
Traum gibt dem Pfad der europäischen Kul-
turgeschichte eine Richtung. Ein europäi-

**„In Deutschland erodieren
wesentliche Wertgrundlagen
der Sozialen Marktwirtschaft.“**

scher Patriotismus tritt neben die lokalen
Patriotismen und Kulturen. Der Gedanke
der Versöhnung stärkt das Band einer reifen
Freundschaft in Vielfalt zwischen Völkern,
Menschen und Ideen. Zuerst gilt es, mit
gutem Beispiel voranzugehen und inneren
Frieden in einem iredischen Miteinander



Foto: GregMontani/pixabay.com

**„Begründungsfreie Narrative,
vernunftfreie KI-Evidenz
oder Fremdbestimmung könnten
die Reste politischer Tugend
zersetzen und ersetzen.“**

der Völker umzusetzen. Aus diesem Geist
erwächst Resilienz gegenüber Gefahren von
außen und die Kraft, sich selbstbewusst für

Elmar Nass
Europas Traum der Freiheit

Für Einheit und Resilienz im
globalen Kampf der Kulturen
Kohlhammer, März 2026
279 Seiten, 25.00 Euro
978-3-17-047235-8

Elmar Nass
Christliche KI-Ethik
Einführung in Grundlagen
und Anwendung
Karl Alber, Februar 2026
270 Seiten, 29.00 Euro
978-3-495-98917-3

Elmar Nass
Der globale Puppenspieler
Die Vision von Xi Jinping
und eine Antwort der Freiheit
Kohlhammer, September 2024
228 Seiten, 26.00 Euro
978-3-17-045205-3

Elmar Nass
**Ziele und Werte „sozial-
istischer Marktwirtschaft“**
Chinas Wirtschaft aus
ordnungsethischer Sicht
Kohlhammer, Juni 2023
154 Seiten, 25.00 Euro
978-3-17-043747-3

Elmar Nass
Christliche Sozialethik
Orientierung, die Menschen (wie-
der) gewinnt
Kohlhammer, April 2020
382 Seiten, 39.00 Euro
978-3-17-037056-2
978-3-8436-1151-0

einen stabilen Frieden und für eine wirk-
same Hilfe für notleidende Völker und Re-
gionen der Welt einzusetzen. Der Traum
gibt uns große Ziele auf, die uns einen und
motivieren, unter Nutzung komparativer
Vorteile das Beste zu dessen Gelingen ein-
zubringen und so mit guten Gründen im
Kampf der Kulturen wehrhaft an der Seite
der Freiheit zu stehen.

**Herr Prof. Nass, herzlichen Dank für das inte-
ressante Gespräch.**

Eine Wirtschaftspartei für ein gutes Leben für alle



Liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP, liebe Mitglieder,

Wir leben in seltsamen Zeiten: Die gegenwärtige Bundesregierung übertrifft sich fast jeden Tag selbst mit umwelt- und klimafeindlichen Maßnahmen und mit Sozialabbau und es regt sich kein Widerstand im Volk. Wie gelähmt schauen wir zu, wie eine Sozialleistung nach der anderen geschleift und entgegen den Wetter- und Klimaphänomenen in eine fossilfreundliche Politik investiert wird. Eigentlich müsste jetzt die ÖDP absolute Hochkonjunktur haben. Keine andere Partei hat solche Lösungen für die anstehenden Probleme. Im Juni war ich auf dem Weltkongress für Gemeinwohlwirtschaft in Amberg. Das ist mittlerweile weltweit eine Riesenbewegung und sie sind in anderen Ländern zum Teil erheblich weiter damit als wir. Es ging um die Wirtschaftstransformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft ohne Wachstumszwang. Da hat sich schnell herausgestellt: Außer der ÖDP gibt es in Deutschland weit und breit keine einzige politische Kraft, die dieses Thema auf der Agenda hat. Und die Forschung und Wissenschaft, aber auch zunehmend die Wirtschaft, suchen händeringend nach einer politischen Vertretung dafür. Diesen Kräften ist klar: Diese Transformation muss kommen, da hängt letzten Endes das Überleben der Menschheit dran – und natürlich ein gutes Leben für alle. Und wir sind da tatsächlich die Einzigen. Man wartet auf uns und staunt, dass eine politische Partei so ein ausgearbeitetes Programm hat.

Was können wir tun?

Zuallererst: Machen wir uns klar, wer wir sind, wofür wir stehen und was für Potenziale wir haben! Der zweite Schritt: Nehmen wir unsere Parteifreundinnen und -freunde mit hinein in unsere neue Motivation und begeistern wir sie, damit sie ebenfalls hinausgehen und es weitersagen. Ja, uns steht ein bisschen mehr Stolz auf unser Programm und unsere Partei gut an! Und dann als dritter Schritt: Seien wir laut und machen wir Aktionen, damit es die Leute auf der Straße auch endlich kapieren. Und natürlich: Social Media, Presse, das gehört alles dazu.

Und schließlich viertens: Schauen wir uns an, wo die Ökologie – also die Natur, unsere Um- und Mitwelt – vernachlässigt oder gar mit Füßen getreten wird, wo das Soziale – der Mensch – ins Hintertreffen gerät, Entscheidungen nicht im Sinne des Gemeinwohls bzw. der Menschen getroffen werden; oftmals die Formalie über das Leben siegt. Vergleichen wir das dann mit unserem Programm, schauen, welche Lösungen wir anzubieten haben – und wenn nichts Zielführendes dazu drinnen steht, dann entscheiden wir im Geist und Sinn unseres Grundsatzprogramms und prangern das an, aber vergessen nicht, Lösungen einzubringen und zu fordern. Mischen wir uns da ein, wo wir sind, und machen wir's bekannt: Wir sind die ÖDP und wir haben etwas beizutragen zum Schutz unseres Planeten und zu einem guten Leben für alle.

Chance für die ÖDP

Unsere Amtszeit als aktueller Bundesvorstand geht zu Ende; Zeit, Bilanz zu ziehen: Wir haben versprochen, die Partei wieder zu einen, die anstehenden Probleme zu lösen und die ÖDP voranzubringen. Nach einer vorgezogenen Bundestagswahl, wo es einfach darum ging, unter widrigen Umständen das Beste herauszuholen, haben wir zuerst mal eine Strategie entwickelt, wie wir unserer Vision von einem guten Leben für alle Kreaturen auf diesem Planeten näher kommen können. Gleichzeitig sind wir bei den akuten Baustellen in die Umsetzung gegangen. Wir haben von Anfang an versucht, über die Gräben Brücken zu bauen, um sie dann gemeinsam zuzuschaukeln und ich meine, in etlichen Fällen – leider nicht überall – haben wir das auch ganz gut geschafft. Aber wir bleiben da auf dem Weg und arbeiten weiter daran. Unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere auch Social Media, haben wir von Anfang an intensiviert und auch zu einem Gutteil umgekrempelt, haben unsere Reaktionszeit deutlich verkürzt. Die ÖP wurde einem ganz ordentlichen Relaunch unterzogen und auch als Werbemittel ausgebaut. Wir sind – teilweise mit unserem „Demokratiewagen“, dem Bauwagen – in der gesamten Republik herumgefahren und haben unsere Verbände unterstützt. Wo immer man uns eingeladen hat, sind wir präsent gewesen und wollen es weiterhin sein, um möglichst alle Ebenen der Partei zu erreichen und miteinander zu verbinden, in Kontakt und Austausch zu bringen – nur gemeinsam können wir neue Stärke gewinnen. Wir haben die Finanzen konsolidiert, arbeiten aber noch an dem Ziel, wieder stabile Mehreinnahmen zu generieren. Unseren größten Brocken, die Verwaltung umzustrukturieren,

haben wir ebenfalls in Angriff genommen. Herbert Einsiedler und ich haben uns eine Woche lang in die Bundesgeschäftsstelle eingenistet, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, hier gibt es aber noch viel zu tun. Eine wesentliche Veränderung haben wir bereits geschafft: Mit Stefanie Talke als neuer Büroleiterin für die Bundesgeschäftsstelle haben wir in kurzer Zeit schon einiges auf den Weg gebracht.

Wir haben die Zeit intensiv genutzt, um die ÖDP professioneller und effektiver zu gestalten, aber ganz klar: Das kann nicht in den zwei Jahren komplett gestemmt werden. Wer immer den neuen Bundesvorstand stellen wird, es bleibt noch genug Arbeit übrig und es braucht jetzt eine Kontinuität in den eingeschlagenen Wegen. Dies wird über den zukünftigen Erfolg oder Misserfolg der Partei mitentscheiden. Denn bis zum Superwahljahr 2029, also in drei Jahren, brauchen wir wieder einen deutlichen Mitgliederzuwachs und müssen wir viel bekannter werden, auf allen Ebenen ganz anders durchdringen in das öffentliche Bewusstsein.

In einer Phase der wirtschaftlichen Orientierungslosigkeit können wir als Partei eines neuen Wirtschaftssystems, der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, die entscheidenden Impulse liefern. Wir müssen noch lauter und deutlicher als bisher für ein System werben, das nicht mehr auf grenzenloses Wachstum und Gewinnmaximierung für einige wenige setzt, sondern endlich ein gutes Leben für alle bringen kann und damit gleichzeitig unseren Planeten schont.

Ihr/Euer Bundesvorsitzender
Günther Brendle-Behnisch

Teilnehmer des ÖDP-Schulungswochenendes in Neuendettelsau

Gemeinsam mehr bewegen: Strategien für starke ÖDP-Vorstände

Es wäre auch ohne Vorträge interessant gewesen: Alleine die intensiven Gespräche in den Pausen und an den Abenden waren die Reise nach Neuendettelsau wert. So die Rückmeldung einiger Teilnehmer.

Im Juni 2026 fand ein Schulungswochenende der Bundes-ÖDP mit dem Titel „Gemeinsam mehr bewegen: Strategien für starke ÖDP-Vorstände“ im Haus Lutherrose in Neuendettelsau statt. Die ausgebuchte Veranstaltung war als Workshop zur Vorstandsarbeit in der ÖDP geplant. Am Seminar nahmen Vorstandsvorsitzende, Vorstandsmitglieder und solche, die es werden wollen, teil. Auch für Landesvorstandsmitglieder war die Veranstaltung kurzweilig.

Es passierte so einiges rund um das Seminarprogramm: Der Abend mit dem gemeinsamen Grillen – auch für Veganer – wird den Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben. Bleibend im Haus Lutherrose ist ebenso die Aktion der Teilnehmer, im Garten der Tagesstätte eine Blumenwiese zu säen. Auch die Präsentation des „Demokratie.wagens“ war eines der Highlights der Veranstaltung.

Schulungsangebote für die Parteiarbeit

Angeboten wurde ein umfangreiches Seminarprogramm, in dem die Basics für die ÖDP-Vorstandsarbeit diskutiert wurden.

Der Bundesvorsitzende der ÖDP, Günther Brendle-Behnisch, stellte zu Beginn der Veranstaltung die aktuelle Strategie des ÖDP-Bundesvorstands für eine starke Zukunft unserer Partei vor und zur Diskussion. Hierbei ging er insbesondere auf das Ziel

der ÖDP zur Veränderung zu einer ökologischen und sozialen Gesellschaft ein. Die fünf Handlungsfelder stellen Wege zum Ziel dar: Teilnahme an Wahlen, Aktivitäten der direkten Demokratie, der Klageweg, die Beeinflussung der Parteien in Parlamenten und die Arbeit als außerparlamentarische Opposition. Gerade aber die vielen kommunalen Mandate und der Sitz im Europaparlament geben der ÖDP deutlichen Einfluss.

Der ÖDP-Generalsekretär, Dr. Claudius Moseler, selbst direkt gewählter Ortsvorsteher, gab wichtige Impulse zur ÖDP-Politik in Stadt und Land. Er stellte anhand von Beispielen dar, wie diese konkret gestaltet werden kann. Auch referierte er über die Rolle von Vorständen in der ÖDP.

Der Landesvorsitzende der ÖDP Hamburg, André Bujok, führte die Teilnehmenden zu einem Perspektivwechsel. Er stellte das Grundsatzprogramm als die große und beständige Vision der ÖDP in einer anderen Sichtweise zur Diskussion.

Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Bundesvorstandsmitglied und Kreisvorsitzender in Düsseldorf und am Niederrhein, diskutierte mit den Teilnehmenden das Thema Öffentlichkeitsarbeit. Er ging der Frage nach, wie man Öffentlichkeit für die ÖDP aufbauen kann und welche Wege es zur erfolgreichen Arbeit mit Redaktionen, Pressemitteilungen und den sozialen Medien gibt. Wichtig sei hierbei für die ÖDP der Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“, da die etablierte Presse das Konzept der „Abgestuften Chancengleichheit“ verfolge.



Die kaufmännische Geschäftsführerin der ÖDP, Doris Hüben-Holomos, behandelte das Thema Finanzen und wie mit effizienten Abrechnungen die Finanzausstattung der ÖDP verbessert werden kann.

Julia Krauss von der Bundesgeschäftsstelle und Helmut Kauer vom Bundesvorstand gaben den Teilnehmern eine Einführung in die Mitgliederverwaltung der ÖDP.

Viktoria Anhalt, in der Bundesgeschäftsstelle für den Werbemittelshop verantwortlich, stellte die Werbemittel und den Webshop in der ÖDP dar.

Die 1. stellv. Bundesvorsitzende, Kirsten Elisabeth Jäkel, führte, gemeinsam mit dem ÖDP-Pressesprecher, Gerd Pfitzenmaier, die Teilnehmenden in das Projekt „Demokratie.wagen“ und dessen Nutzungsmöglichkeiten ein. Dabei wurde deutlich, dass dieser „Demokratie.wagen“ weit mehr ist als ein Infostand auf Rädern. Das Projekt „Demokratie.wagen“ hat eine Reihe von thematischen Konzepten für den Einsatz des Wagens ausgearbeitet.

Mit Martin Truckenbrodt waren die Teilnehmenden online unterwegs in der ÖDP: Er vermittelte Einblicke in IT-Infrastruktur, Webseiten und deren Ausgestaltung für eine gute Außenwirkung. Martin Truckenbrodt stellt auch sein Angebot für spezielle Seminare regelmäßig auf die Webseite der

Bundes-ÖDP. Wer Interesse hat, kann gerne daran teilnehmen.

Der 2. stellv. Bundesvorsitzende, Helmut Kauer, vermittelte den interessierten Zuhörern mannigfaltige Informationen rund um die ÖDP-Mitgliederplattform „orangeaktiv“. Diese besteht aus Wiki, Forum, Dateiablage, Sharepic-Generator, Umfrage-Tools, Videokonferenz-Planungstool und Profilbild-Generator.

Auch der ÖDP-Jugendverband, die JÖ, stellte ihre Arbeit den Teilnehmenden vor. Andrea Gilg und Wolfgang Schaefer, die Doppelspitze des JÖ-Bundesvorstands, gab einen Einblick in die Arbeit der Nachwuchsorganisation. Insgesamt war die JÖ mit einem Achtel der Teilnehmenden auf dem Workshop-Wochenende erfreulich gut vertreten.

Schulungswochenende verpasst? Kein Problem!

Viel Information, viel Kommunikation und eine gehörige Portion Spaß prägten das Wochenende. Demnächst folgt der nächste Durchgang. Es ist schon mal nicht verkehrt, sich unverbindlich auf die Liste der an einer Teilnahme Interessierten zu setzen. Einfach eine E-Mail an politik@oedp.de schreiben.

Prof. Dr. Herbert Einsiedler
Mitglied des Bundesvorstands der ÖDP

Hilfe für Hunde und Katzen – Petition unterschreiben!

Das Problem ist riesig: Hunde und Katzen werden ausgesetzt, Welpen werden illegal gehandelt, Tiere leiden ihr Leben lang unter Qualzucht. Entlaufene und ausgesetzte Tiere landen im Tierheim und können den Eigentümern nicht zugeordnet werden. Zudem bringt dies die Tierheime an den Rand der Leistungsfähigkeit und den Kommunen ein großes Finanzierungsproblem. Das muss nicht sein. Eine Lösung ist in Sicht:

Am 28. April stimmte das Europäische Parlament mehrheitlich für die neue EU-Verordnung zum Wohlergehen von Hunden und Katzen und zu ihrer Rückverfolgbarkeit. Die neuen EU-Regeln sind ein Meilenstein für den Tierschutz. Zum ersten Mal werden EU-weit verbindliche Mindeststandards geschaffen, die festlegen, wie Hunde und Katzen gezüchtet, gehalten, verkauft und registriert werden müssen. Sie sind damit ein wichtiges Instrument gegen den illegalen Welpenhandel. Zudem werden durch die Registrierungspflicht Tierheime entlastet, da zugelaufene Tiere zugeordnet werden können. Dadurch werden letztendlich auch Kommunen und damit auch die Steuerzahler entlastet, die für Fundtiere aufzukommen haben. Das grausame Aussetzen von Tieren sollte nun ebenfalls der Vergangenheit angehören. Tierschutzorganisationen fordern die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht teilweise schon seit 20 Jahren. Darum verbuche ich es als großen Erfolg für die „ÖDP – die Naturschutzpartei“, dass ich als Berichterstatterin des Unterausschusses des Europäischen Parlaments einen wichtigen Beitrag zur Verabschiedung der



Foto: Manuela Ripa

neuen Regeln liefern konnte. Zentral ist die verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen mittels Mikrochip. Die Chip- und Registrierungspflicht, auch für privat gehaltene Hunde und Katzen, habe ich eingebracht und im Verlauf des gesamten Gesetzgebungsprozesses als wesentlichen Baustein verteidigt – letztlich mit Erfolg. Nur so können der illegale Welpenhandel, unseriöse Zuchtpraktiken und das Aussetzen von Tieren wirksam bekämpft und damit Tierheime entlastet werden. Der Vorschlag der EU-Kommission hatte die Chip- und Registrierungspflicht nur beim Verkauf der Tiere vorgesehen.

Das Ausmaß gibt zu denken: 1,3 Milliarden Euro werden jährlich mit dem Verkauf von Katzen und Hunden in der EU umgesetzt. Dabei ist der Graubereich bzw. der illegale Handel gigantisch. Laut der Tierschutzorganisation Vier Pfoten gibt es für knapp 80 % der jährlich rund 6 Millionen gehandelten Hunde in der EU keine nachvollziehbaren Herkunftsquellen. Die oft kranken und nicht geimpften Hunde, die bei Razzien gegen den illegalen Welpenhandel beschlagnahmt werden, verursachen laut Deutschem Tierschutzbund in den vergangenen Jahren allein in Deutschland Kosten in Höhe von 4,5 Millionen Euro!

Allerdings überwiegen in den Tierheimen die Fundtiere und viele Heime melden Überbelegung. Besonders bei Katzen ist die Zahl der Fundtiere hoch. Viele Freigängerkatzen sind nicht registriert, weswegen die Besitzverhältnisse schwer auszumachen sind. Eine weibliche, unsterilisierte Katze kann innerhalb von fünf Jahren insgesamt über 12.000 Nachkommen haben, wenn man alle Würfe ihrer Kinder und Kindeskiner miteinberechnet. Während die Kosten für die Versorgung eines einzelnen Tieres im Tierheim mehr als 1.000 Euro jährlich betragen können, kostet das Chippen einmalig 20 Euro und das Sterilisieren/Kastrieren 150 Euro.

Mit Petition unnötiges Tierleid vermeiden und Steuerzahler entlasten

So erfreulich die neuen EU-Regeln sind, so problematisch sind die langen Übergangsfristen. Um den Druck auf Bundesregierung und Bundestag zu erhöhen, die Regeln schon früher umzusetzen, was laut EU-Recht durchaus möglich ist, haben wir als ÖDP eine Petition lanciert. Damit wollen wir an den Erfolg auf Brüsseler Ebene anknüpfen.

CATS & DOGS ACT

Cats & Dogs Act • Manuela Ripa, EU-Abgeordnete

Ansehen auf YouTube

Mehr Informationen und den Link zur Petition gibt es hier:
www.cats-and-dogs-act.eu

Bitte unterstützt die Petition und macht Eure Freunde und Bekannten sowie Tierschutzvereine in Eurer Region darauf aufmerksam!

Um Euch ein Bild über die teilweise katastrophal überlasteten Tierheime zu machen, könnt Ihr Einrichtungen in Eurer Nähe besuchen. Falls Ihr selber einen Hund oder eine Katze habt, macht gerne ein Foto von Euch mit Eurem Tier und postet es, gemeinsam mit einem Aufruf zum Unterschreiben der Petition, auf Social Media.

Weil wir unsere Tiere lieben, begnügen wir uns nicht damit, die neuen EU-Regeln zu begrüßen. Vielmehr verlangen wir, dass sie so schnell wie möglich in nationales Recht überführt werden. Sie sind ein wichtiger Schritt zu mehr Mitgefühl, mehr Verantwortung und mehr Respekt gegenüber Lebewesen, die vollständig auf unseren Schutz angewiesen sind.

Manuela Ripa
Mitglied des Europäischen Parlaments
sowie des Bundesvorstands der ÖDP

Der Ökologische Rat der ÖDP

In der letzten Ausgabe der ÖkologiePolitik hatten wir Ihnen mit Prof. Dr. Klaus Buchner und Prof. Dr.-Ing. Wilfried Kühling die ersten beiden Mitglieder des neu besetzten Ökologischen Rats der ÖDP vorgestellt. Komplettiert wird die Runde nun durch Prof. Dr. Michael Braungart und Prof. Dr. Michael Succow.

Prof. Dr. Michael Braungart



Produkte und Rahmenbedingungen so gestalten, dass kein Abfall entsteht, sondern dass die verwendeten Stoffe später wieder in den Produktkreislauf zurückfließen können – darum geht es im von Prof. Dr. Michael Braungart mitentwickelten Konzept „Cradle to Cradle“ (C2C).

Der 1958 in Schwäbisch Gmünd geborene Verfahrenstechniker und Chemiker Michael Braungart entwickelte zusammen mit William McDonough das „Cradle to Cradle“-Konzept (von der Wiege bis zur Wiege: Alles muss so konstruiert sein, dass es im nächsten Produkt weiterverwendet werden kann). Er ist Geschäftsführer der Environmental Protection Encouragement Agency, Internationale Umweltforschung GmbH in Hamburg (EPEA) und wissenschaftlicher Leiter des Hamburger Umweltinstituts.

Ab dem Jahr 1982 wirkte er beim Aufbau des Bereichs „Chemie“ von Greenpeace Deutschland mit, den er von 1985 bis 1987 leitete.

1987 gründete Braungart das EPEA-Institut. Gemeinsam mit dem US-amerika-

nischen Architekten und Designer William McDonough ist er aber auch Gründer der Design- und Entwicklungsfirma McDonough Braungart Design Chemistry (MBDC) in Charlottesville (Virginia, USA). Von 1994 bis 2008 lehrte er an der Universität Lüneburg Stoffstrommanagement. Im Jahr 2002 nahm er eine Gastprofessur an der University of Virginia an. Seit Herbst 2008 ist er Professor für den Cradle-to-Cradle-Studiengang an der Erasmus University Rotterdam (Niederlande). Zudem ist Braungart Professor für Öko-Design und Öko-Effektivität an der Leuphana Universität Lüneburg. 2024/2025 lehrte er im Rahmen einer Stiftungsgastprofessur an der Hochschule für Gestaltung in Schwäbisch Gmünd.

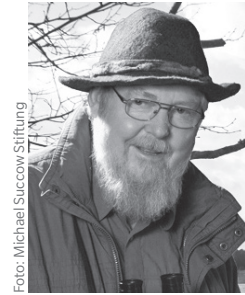
Seit 1994 referiert und publiziert Braungart zu den Themen: „Realisierung zukunftstauglicher ‚intelligenter Produkte‘“, „Entwicklung und Umsetzung von Umweltschutzkonzepten“, „umweltverträgliche Produktionsverfahren“ und „Ökobilanzen komplexer Gebrauchsgüter“.

2003 erhielt er den Presidential Green Chemistry Challenge Award der US-Umweltbehörde EPA und 2022 den Ehrenpreis des Deutschen Nachhaltigkeitspreises für „Cradle to Cradle“.

www.michaelbraungart.com

Prof. Dr. Michael Succow

Der 1941 in Brandenburg geborene Michael Succow studierte von 1960 bis 1965 Biologie an der Universität Greifswald. Seine wissenschaftliche Laufbahn musste er im Zuge des „Prager Frühlings“ zwar zunächst aufgeben, konnte aber dennoch im Jahr 1970 an der Universität Greifswald als Externer promo-



Prof. Dr. Michael Succow im Bollwintal, einem vermoorten Fließtal nördlich von Berlin im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. 1990 wurde das Tal ein Naturschutzgebiet und 2004 der Succow Stiftung übertragen.

vieren – die Dissertation stellte er während seiner „Bewährung in der Praxis“ im Meliorationskombinat fertig (Melioration: technische Maßnahmen zur Ertragssteigerung auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen). Nach einer langjährigen Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter und seiner Habilitation mit einem moorkundlichen Thema wurde Succow 1987 zum Professor der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR ernannt.

In den letzten Monaten des ostdeutschen Staates nutzte Succow eine besondere Chance: Im Januar 1990 wurde er in dem neu strukturierten Ministerium zum Stellvertretenden Minister für Natur-, Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR ernannt, nachdem die Bürgerbewegungen schon im Herbst 1989 die Schaffung eines eigenen Ministeriums für Naturschutz gefordert hatten. Succow war zuständig für den Naturressourcenschutz und die Landnutzungsplanung – Felder, die es bislang so nicht gab. In diesem Amt gelang ihm gemeinsam mit den von ihm ins Ministerium geholten Freunden und Weggefährtinnen der Coup, das sogenannte „Nationalparkprogramm“ zu initiieren. Bereits im März 1990 konnten knapp 12 % des DDR-Territoriums einstweilig durch den Ministerrat als Großschutzgebiete ausgewiesen werden. Es waren insbesondere bisherige Staatsjagdgebiete, Grenzsicherungsräume und Truppen-

übungsplätze. Bis zur Wiedervereinigung gelang es, davon fast die Hälfte als Biosphärenreservate, Nationalparks und Naturparks neuer Prägung mit eigenen Verwaltungen in den Einigungsvertrag einzubringen und damit endgültig zu sichern. 1997 wurde ihm dafür der Right Livelihood Award (Alternativer Nobelpreis) verliehen.

Mit einer Vielzahl an Publikationen hat sich Michael Succow besonders als Moor-Ökologe international einen Namen gemacht. Seine ökologisch-hydrologische Moortypisierung gilt in der Moorkunde als Standardwerk.

Seit 1999 setzt er sich mit der Michael Succow Stiftung in Deutschland und weltweit für Moor- und Klimaschutz, neue UNESCO-Biosphärenreservate und Weltnaturerbegebiete sowie einen zukunftsfähigen Umgang mit unserer Kulturlandschaft ein.

www.succow-stiftung.de

Verstärkung für die Bundesgeschäftsstelle

Stefanie Talke ist seit Juni 2026 Büroleiterin der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg und somit beim Bundesverband der ÖDP angestellt. In ihrer neuen Aufgabe übernimmt sie das Veranstaltungsmanagement z. B. für die Bundesparteitage oder Schulungswochenenden, das bisher von Evelyn Farkas bearbeitet wurde, und ist Teamleiterin des Teams in der Bundesgeschäftsstelle. Evelyn Farkas wird sich um eine private Angelegenheit kümmern und voraussichtlich in zwei Jahren in die Bundesgeschäftsstelle zurückkehren.



Wirtschaftswende ist die Antwort für eine nachhaltige Zukunft

Unser bisheriges Wirtschaftsmodell stößt immer deutlicher an seine Grenzen. Klimawandel, Artensterben, Ressourcenknappheit und die zunehmende Verschmutzung unserer Umwelt zeigen, dass unbegrenztes Wachstum auf einem begrenzten Planeten nicht funktionieren kann. Die EU-Umweltagentur macht in ihren Berichten deutlich, wie stark Europas Natur bereits unter Druck steht. Gesunde Böden, Wälder und Gewässer sind jedoch keine Nebensache – sie bilden die Grundlage unseres Wohlstands.

Deshalb brauchen wir eine Wirtschaftswende. Als Europaabgeordnete setze ich mich seit Jahren für ein Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen ein – ein Grundgedanke, der fest zur DNA der ÖDP gehört. Unser Ziel ist eine Wirtschaftsordnung, die Ressourcen schont, Innovation fördert und langfristigen Wohlstand ermöglicht. Ein entscheidender Weg dahin liegt in der Kreislaufwirtschaft.

Kreislaufwirtschaft – das Wirtschaftsmodell der Zukunft

Wir müssen weg von der ressourcenintensiven Wegwerfgesellschaft und hin zu einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaftsgesellschaft. Wir haben diesbezüglich in Europa in den vergangenen Jahren auch einige Fortschritte erzielt – nicht zuletzt aufgrund des Drucks, der vom EU-Parlament

ausgegangen ist. Dazu zählt etwa das EU-Recht auf Reparatur sowie der EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft.

Dabei ist wichtig zu betonen, dass die Kreislaufwirtschaft weit mehr ist als Recy-



GLOBE-EU-Konferenz zur Kreislaufwirtschaft

Foto: Büro Ripa

cling. Sie beschreibt ein neues Wirtschaftsmodell, in dem Produkte langlebiger werden, Materialien möglichst vollständig im Kreislauf bleiben und Abfälle gar nicht erst entstehen. Dadurch werden Rohstoffe geschont, Unternehmen unabhängiger von Importen und Europa insgesamt widerstandsfähiger.

Wie das in der Praxis funktioniert, konnte ich bei meinem Besuch des saarländischen Unternehmens Pyrum Innovations erleben. Dort werden aus Altreifen hochwertige Sekundärrohstoffe gewonnen, die wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden. Gleichzeitig werden durch die hohen Temperaturen der eigens dafür entwickelten Thermolyseanlage problematische PFAS-Verbindungen zerstört. Sol-

che innovativen Unternehmen zeigen, dass Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg kein Widerspruch sind.

Deshalb habe ich Ende Juni gemeinsam mit zwei Kollegen im EU-Parlament die GLOBE-EU-Konferenz „Circularity – Bridging Policy and Practice“ organisiert. Dabei wurden die Ergebnisse zweier GLOBE-EU-Arbeitsgruppen vorgestellt, in denen Experten die wirtschaftlichen und strategischen Erfordernisse für die Förderung der Kreislaufwirtschaft in Europa untersucht haben.

GLOBE EU ist eine fraktionsübergreifende Gruppe von Mitgliedern des EU-Parlaments, der ich als Präsidentin vorstehe. Sie dient gleichgesinnten Abgeordneten als Plattform für strukturierten Austausch mit Experten, Wissenschaftlern, Vertretern von Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie der EU-Kommission. Die übergeordnete Vision, die die Arbeit inspiriert, ist eine Welt, in der wir im Rahmen der natürlichen Ressourcen unseres Planeten leben und wirtschaften. Die Konferenz fand kurz vor der Vorstellung des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes der EU-Kommission statt. Unsere Botschaft war eindeutig: Echte Kreislaufwirtschaft schützt unsere Umwelt, sie stärkt die europäische Wettbewerbsfähigkeit und sie stärkt die strategische Widerstandsfähigkeit Europas.

Europa hat das Glück, über viele herausragende Unternehmen zu verfügen. Wenn wir wirklich wollen, dass Europa weltweit eine Vorreiterrolle bei der Kreislaufwirtschaft einnimmt, muss unsere Gesetzgebung Innovationen aktiv unterstützen und eine

breite Zusammenarbeit zwischen Politik, Unternehmen, Forschern, Investoren und Zivilgesellschaft erfolgen.

Wissenschaft bestätigt den Weg

Nur wenige Tage später durfte ich eine weitere hochkarätige Veranstaltung eröffnen – diesmal zum neuen Global Environment Outlook 7 (GEO-7) des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP).

Der Bericht ist die bislang umfassendste wissenschaftliche Analyse zum Zustand unserer Umwelt. Seine Botschaft ist klar: Umwelt- und Naturschutz sind keine Belastung für die Wirtschaft, sondern ihre wichtigste Grundlage.

Bestärkt hat mich, dass GEO-7 die Kreislaufwirtschaft ebenfalls nicht als einzelnes Umweltinstrument versteht, sondern als Bestandteil einer umfassenden wirtschaftlichen Transformation. Der Bericht fordert, Produkte so zu gestalten, dass



Veranstaltung zu Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität.

Foto: Büro Ripa

Materialien im Kreislauf bleiben, Lebensmittelverschwendung zu reduzieren, Energie effizienter zu nutzen, fossile Subventionen abzubauen und natürliche Ökosysteme wiederherzustellen. Gleichzeitig sollen Umweltkosten künftig stärker in wirtschaftli-

che Entscheidungen einfließen und Wohlstand nicht allein am BIP gemessen werden.

Ein weiterer zentraler Begriff ist für mich dabei Resilienz. Resilienz bedeutet weit mehr als Krisenfestigkeit. Sie beschreibt die Fähigkeit unserer Gesellschaften, wirtschaftlich, ökologisch, digital und sozial unabhängiger zu werden. Genau deshalb investieren resiliente Volkswirtschaften in Innovation, Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und den Schutz ihrer natürlichen Lebensgrundlagen. Die Vereinten Nationen bestätigen damit wissenschaftlich, was die ÖDP seit vielen Jahren postuliert: Nachhaltiges Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen ist kein Verzichtsmittel, sondern die Voraussetzung für dauerhaften Wohlstand.

Auf diese Arbeit wollen wir u. a. mit einer weiteren Konferenz zu nachhaltigen Wirtschaftsmodellen Ende des Jahres im EU-Parlament aufbauen.

Es braucht ethische Orientierung

Der Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft gelingt jedoch nicht allein durch neue Technologien oder politische Entscheidungen. Er braucht auch eine ethische Grundlage. Deshalb habe ich gemeinsam mit dem Jesuit European Social Centre und der European Laudato Si' Alliance eine Veranstaltung im EU-Parlament zur Studie der Deutschen Bischofskonferenz „Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität – Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung“ organisiert.

Die Studie macht deutlich, dass Ernährungssicherheit, Artenvielfalt und Klimaschutz zusammengehören und gemeinsam gedacht werden müssen. Ich

bin überzeugt, dass wir die Kirchen auf diesem Weg brauchen. Denn Wissenschaft erklärt uns, was notwendig ist. Politik schafft die Rahmenbedingungen. Die Kirchen aber erinnern uns daran, warum wir handeln müssen. In diesem Sinne hatte ich mich im April auch bei einem Besuch der EVP-Gruppe des EU-Parlaments bei Papst Leo XIV. dafür ausgesprochen, die ganzheitliche ökologische Perspektive der Enzyklika Laudato Si' weiter zu verfolgen.

Europa muss jetzt vorangehen

Europa verfügt über hervorragende Wissenschaft, innovative Unternehmen und eine engagierte Zivilgesellschaft. Wenn wir diese Kräfte zusammenführen, können wir zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen kein Widerspruch sind. Eine echte Kreislaufwirtschaft und eine intakte Natur stärken unsere Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie unsere Unabhängigkeit und Resilienz. Genau dafür möchte ich mich auch weiterhin im EU-Parlament einsetzen.



Manuela Ripa im Gespräch mit Papst Leo XIV.

Foto: Mario Tomassetti / Vatican Media

Mehr Informationen sowie die Links zu den Veranstaltungen finden sich auf meiner Website <https://manuela-ripa.eu>

Bayern

Macht auf Zeit – Volksbegehren zur Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf 10 Jahre

Dieses ÖDP-Volksbegehren hat mal wieder zum Ziel, in Bayern Geschichte zu schreiben, und die Chancen dafür stehen gut: Beim kleinen Parteitag in Augsburg stimmten 100 % der Delegierten für: „Ja – Dieses Volksbegehren wollen wir“.

„Macht auf Zeit – Volksbegehren zur Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf 10 Jahre“ lautet der Titel und hat zum Ziel, eine Verfassungsänderung zugunsten der Demokratie zu erwirken: Dem Artikel 44 der Verfassung des Freistaates Bayern wird folgender Absatz 6 angefügt: „Wer das Amt des Ministerpräsidenten bereits zehn Jahre innehatte, kann nicht wiedergewählt werden.“

Mit dem Volksbegehren soll die Amtszeit des Ministerpräsidenten durch eine Einschränkung der Wiederwahlmöglichkeiten begrenzt und so dem Grundgedanken demokratischer Herrschaft als einer Herrschaft auf Zeit für das herausragende Amt des Ministerpräsidenten besonderer Ausdruck verliehen werden.

„Viele Bürgerinnen und Bürger kennen die negativen Auswirkungen von zu langen Amtszeiten in der eigenen Kommune“, erklärte Co-Landesvorsitzende Agnes Becker, die nach „Rettet die Bienen!“ zum zweiten Mal als Beauftragte für ein Volksbegehren wirken wird. Das Zulassen und Aufgreifen neuer Ideen nimmt erfahrungsgemäß mit jedem weiteren Jahr im Amt ab. Dieses Volksbegehren könnte Bayern zu einem Vorreiter bei der Weiterentwicklung der Demokratie machen. Und wer würde Ministerpräsident Markus Söder widerspre-

chen, der 2018, noch vor seiner Wahl, selbst die Amtszeitbegrenzung auf zehn Jahre ins Parlament einbrachte und leider an der erforderlichen 2/3-Mehrheit im Landtag scheiterte? Damals kommentierte er: „Was man in zehn Jahren nicht schafft, ist auch später nicht mehr möglich.“

Macht auf Zeit

Alle Infos und Materialien unter www.oedp-bayern.de/themen/macht-auf-zeit

Gesammelte Unterschriften bitte sofort und, wenn möglich, durch die Gemeinde bestätigt zurückschicken. Vielen Dank!

„Genauso ist es! Deshalb braucht es eine klare Begrenzung der höchstmöglichen Amtsdauer. Das belebt das politische Geschäft und schafft Raum für neue Ideen und Impulse“, fügte Tobias Ruff, Co-Landesvorsitzender und stellvertretender Beauftragter des Volksbegehrens, hinzu.

Bereits Anfang Juli wurde das Volksbegehren der bayerischen Medienlandschaft präsentiert – und schlug krachend ein. Interessanter Punkt: Söder würde bei der kommenden Landtagswahl im Jahr 2028 das Amt des Ministerpräsidenten bereits zehn Jahre innehaben.

„Ist Manfred Weber gesetzestreu?“

Darüber hinaus gaben die Delegierten das Startsignal für eine Protestaktion gegen die vom Europa-Spitzenpolitiker Manfred Weber mit durchgesetzte Zulassung der Agrar-Gentechnik. Obwohl das Naturschutzgesetz des Freistaates die sogenannte grüne Gentechnik seit dem ÖDP-Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ verbietet, stimmten



Beim kleinen Parteitag in Augsburg gab die ÖDP Bayern mit den Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff (1. und 2. Reihe rechts) das Startsignal für eine Protestaktion gegen die Zulassung der Agrar-Gentechnik.

Weber und seine CSU-Parteifreunde im Europaparlament für eine Aufweichung der Gentechnik-Gesetze. „Die CSU tritt in Brüssel als Wahrer bayerischer Interessen auf und fällt dem vom Volk durchgesetzten Naturschutzgesetz gleichzeitig in den Rücken. Deshalb starten wir in zahlreichen bayerischen Kreisen eine Protestaktion mit unserem Aktionsbanner ‚Ist Manfred Weber gesetzestreu?‘“, kündigten die Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff an.

Mehr Wertschätzung für Familien, bitte!

Die Leistung von Familien würdigen – das ist seit jeher ein wichtiges Anliegen der ÖDP. Derzeit findet jedoch sowohl seitens der Bundes- als auch der Landespolitik ein konzertierter Angriff auf die Familie statt. Im derzeitigen Ringen um Sparbeiträge zur Konsolidierung des Staatshaushalts und der Sozialversicherung wird die große Bedeutung der Familien für unsere Gesellschaft ausgeblendet.

Den vorgestellten Plänen zufolge sollen

- die beitragsfreie Mitversicherung von nicht erwerbstätigen Partnerinnen und

Partnern in der gesetzlichen Krankenversicherung gestrichen oder erheblich eingeschränkt,

- Familien wesentlich stärker steuerlich belastet,
- die Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige reduziert und
- das Elterngeld gekürzt werden.

Zusätzlich wurden in Bayern das Landesfamiliengeld und das als Ersatz gedachte Kinderstartgeld gestrichen. Voraussichtlich ab 2027 entfällt der staatliche 100-Euro-Kita-Beitragszuschuss. Letzteres wird die Zahl derer erhöhen, die ihre Kita-Gebühren nicht mehr selbst aufbringen können, was wieder einmal zu Mehrkosten für die örtlichen Jugendämter und damit für die Kommunen führt. „Insgesamt erzeugt dieser Generalanschlag auf die Familien eine finanzielle Mehrbelastung in noch nie dagewesener Größenordnung“, resümierten Agnes Becker und Tobias Ruff. Das Gegenteil, eine verbesserte finanzielle Anerkennung der familiären Sorgearbeit, wäre jedoch notwendig und auch gesellschaftspolitisch sinnvoll. Die ÖDP wandte sich deshalb mit einem offenen Brief mit dem Betreff

„Widersprechen Sie der Mehrbelastung für unsere Familien!“ an die zuständigen Bundestagsabgeordneten.

Krankenhausversorgung, sozialen Zusammenhalt und Vertrauen bewahren!

Die Existenz der örtlichen Krankenhäuser und damit eine stationäre Versorgung auch im ländlichen Raum zu sichern, wird mit den derzeitigen Plänen der Bundesregierung nicht gelingen. Zu Recht weist die Deutsche Krankenhausgesellschaft darauf hin, dass damit nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern auch der soziale Zusammenhalt und das Vertrauen in die Politik riskiert würden. „Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Krankenhäuser gehören nicht in den Sparhaushalt!“, stellten Agnes Becker und Tobias Ruff klar. Die aktuellen Kürzungspläne verlagern die Betriebskosten zunehmend auf die Städte und Kreise, die dafür eigentlich gar nicht zuständig sind. „Außerdem darf auf keinen Fall das Pflegebudget gedeckelt werden, weil sich hierdurch in Krankenhäusern der Mangel an Pflegekräften noch verschärfen wird.“ In einem offenen Brief fordert die ÖDP Bayern örtliche Bundestagsabgeordnete auf, diesem Gesetz im weiteren parlamentarischen Verfahren die rote Karte zu zeigen.

Landesparteitag am 21. November in Regensburg

Die Themen des kleinen Parteitags werden beim Landesparteitag am 21. November in Regensburg weiterverfolgt und konkretisiert. Die ÖDP Bayern lädt alle Mitglieder und Interessierte herzlich dazu ein, sich hier über den Fahrplan der Partei bis zur Landtagswahl zu informieren, mitzureden und nach außen Wirkung zu zeigen. Nähere Infos erhalten Mitglieder per E-Mail, alle anderen per Newsletter.

Abschied von Maria Birkeneder



Maria Birkeneder aus dem niederbayerischen Mitterfels war in den 80er-Jahren erst eine Beobachterin der ÖDP, dann leidenschaftliches Mitglied, Bezirksvorsitzende in Nie-

derbayern, Kreis- und Bezirksrätin. Wegen einer Personalie zog sie sich zurück, blieb aber wohlwollende Unterstützerin. Am 6. Mai ist sie 74-jährig verstorben. Ihr klarer Wertekompass kannte keinen Gegensatz zwischen dem Schutz des menschlichen Lebens und dem Schutz der Natur.

Als Kommunalpolitikerin gelang ihr in den 90er-Jahren eine historische Leistung für den deutschen Naturschutz: Als das letzte frei fließende Stück der Donau in Gefahr war, schaffte sie es, Wissenschaftler in die Gremien „einzuschleusen“, die erst nicht „willkommen“ waren, dann aber mit Fakten überzeugten. Ein einstimmiger Beschluss für den Strom und gegen Kanal und Stau war die Folge.

Der französische Philosoph Bruno Latour hat in seinen letzten Jahren von der Menschheit gefordert, „terrestrisch“ zu denken: Es gelte, mit fester Absicht und höchstem Engagement „sicher auf der Erde zu landen“. Maria Birkeneder lebte dieses Konzept seit Jahrzehnten. Ihr gebührt großer Dank.

Bernhard Suttner

ÖDP Bayern

Ronja Zöls-Biber
Politische Geschäftsführerin
Tel.: 0851 20091961
info@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de



Baden-Württemberg

Neuer Landesvorstand mit breitem Rückhalt

Beim Landesparteitag am 11. und 12. April in Gerlingen wurde der Landesvorstand der ÖDP Baden-Württemberg neu gewählt. Diejenigen Landesvorstandsmitglieder, die sich erneut zur Wahl stellten, wurden alle mit großer Mehrheit wiedergewählt.



Eindrucksvoll im Amt bestätigt wurden der Landesvorsitzende Guido Klamt und seine Stellvertreterin, Marion Schmid-Moeck. Der 55-jährige Guido Klamt aus Gerlingen (Kreis Ludwigsburg) arbeitet eigentlich als Chemotechniker, ist derzeit aber als Betriebsrat freigestellt. Die 56-jährige Diplom-Ökonomin Marion Schmid-Moeck aus Esslingen

ist in der Verwaltungsleitung einer Schule tätig. Zweiter stellvertretender Vorsitzender bleibt der 69-jährige Diplom-Verwaltungsbetriebswirt Uwe Olschenka aus Waiblingen (Rems-Murr-Kreis). Auch der Schatzmeister Axel Jänichen, 61-jähriger Busfahrer aus Bad Rappenau (Kreis Heilbronn), wurde nahezu einstimmig wiedergewählt.

Darüber hinaus gehört weiterhin als Schriftführer Martin Weinmann aus Heidelberg dem Landesvorstand an. Hinzu kommen vier Beisitzer: Matthias Dietrich aus Reutlingen, Andreas Strecker aus Aspach (Rems-Murr-Kreis), Karina Tyroller aus Korntal-Münchingen (Kreis Ludwigsburg) und Simon Kuhn aus Neulingen (Enzkreis). Letztere beide wurden neu gewählt. Nicht mehr für den Landesvorstand kandidiert haben Josef Wagner und Gabriel Sinn. Beiden ein herzlicher Dank für die geleistete Arbeit!

Auftritt in den sozialen Medien wächst und erhält positive Resonanz

Wer nicht online sichtbar ist, bleibt politisch unsichtbar. Der Landesverband Baden-Württemberg baut daher seine Präsenz in den sozialen Medien seit einiger Zeit bewusst aus. Ziel ist es, politische Inhalte zielgruppengerecht aufzubereiten und Menschen dort zu erreichen, wo sie sich informieren und austauschen – insbesondere auf Instagram, Facebook und TikTok.

Dafür hat sich ein engagiertes Social-Media-Team aus derzeit fünf Mitgliedern gebildet. Es übernimmt die inhaltliche Planung, bearbeitet angefertigtes Bild- und Videomaterial, erstellt Beiträge und kümmert sich um die Veröffentlichung. Tipps für spannende

Themen, die Baden-Württemberg betreffen, neue Impulse, Interviewpartner und Mitwirkende sind jederzeit gerne willkommen.

Eine der größten Herausforderungen bleibt die regelmäßige Erstellung von Inhalten: Beiträge müssen nicht nur häufig genug erscheinen, sondern auch die jeweiligen Zielgruppen ansprechen und zur Interaktion anregen. Dennoch zeigen die wachsende Sichtbarkeit und die positive Resonanz, dass sich die gemeinsame Arbeit lohnt.

Verstärkt Europa im Blick

Wie schon in den beiden vergangenen Jahren, hat auch 2026 die ÖDP Baden-Württemberg wieder am „Run for Europe“ im Breisgau teilgenommen. Die Teilnahme, die ein Bekenntnis zur EU darstellt, lohnt sich in vielfacher Hinsicht: Der Infostand der ÖDP stößt auf Interesse, es kommt zu regem Austausch mit anderen Parteien und Verbänden und es macht einfach Spaß, am Rundlauf über die deutsch-französische Grenze und zurück teilzunehmen.

Mit Blick auf die kommende Europawahl hat sich der Landesverband zum Ziel gesetzt, stärker die europapolitische Arbeit unserer Europaabgeordneten Manuela Ripa bekannt zu machen und auf ihre Erfolge hinzuweisen. Dazu wurde der Beschluss gefasst, die Landesgeschäftsstelle auch als Europa-Infobüro zu nutzen. Die Einweihung erfolgt im Herbst. In der nächsten ÖkologiePolitik mehr dazu.

ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: 0711 6364644
info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: 07121 880104
matthias.dietrich@oedp-bw.de
www.oedp-bw.de



ÖDP trauert um Ingrid Pannhorst



Am 7. März 2026 verstarb im Alter von 71 Jahren Ingrid Pannhorst. Sie war seit 2012 mit großem Elan für die ÖDP in Mainz aktiv. Seit 2014 fungierte die Architektin als „Bau-

politische Sprecherin“ der ÖDP-Stadtratsfraktion in Mainz und war bis zuletzt Mitglied im Bauausschuss des Mainzer Stadtrats. Diese Aufgabe erfüllte sie mit beeindruckender fachlicher Expertise und großer Leidenschaft für die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Insbesondere setzte sie sich für eine umwelt- und menschenfreundliche Stadtentwicklungspolitik für Mainz ein. In der ÖDP-Fraktion war sie eine Impulsgeberin für viele Anträge und Anfragen in den politischen Gremien. Ingrid Pannhorsts Leitmotto war ein Zitat von Mahatma Gandhi: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“ Ihre Kompetenz, ihre Haltung und ihre Hilfsbereitschaft werden uns fehlen. Wir sind alle sehr traurig.

Für den ÖDP-Kreisverband Mainz und die ÖDP-Stadtratsfraktion Mainz,
Dr. Claudius Moseler (Vorsitzender)

Für den ÖDP-Landesverband Rheinland-Pfalz, Erik Hofmann (damaliger Co-Landesvorsitzender) und Dr. Gitta Weber (Co-Landesvorsitzende)

Die Wirtschaft sollte diverser werden

Stuttgart ist eine bedeutende Wirtschaftsmetropole. In der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart nimmt die ÖDP seit 1994 und Mathias Rady als Regionalrat seit 2019 Einfluss auf die Entwicklung der regionalen Wirtschaft.

Interview mit Mathias Rady



ÖkologiePolitik: Herr Rady, was bewegt Sie als ÖDP-Mitglied zu Ihrem Engagement in der Regionalversammlung?

Mathias Rady: Bei der Aufstellungsversammlung 2019 wollte niemand sonst auf Platz 1 der Liste. Nach der ersten Legislatur wollte ich aber auf jeden Fall wieder auf Listenplatz 1, da die ÖDP mit nur zwei Sitzen sehr viel erreicht hatte und die Arbeit auch noch Spaß machte – was auch zum Glück wieder klappte.

Welche Themen sind Ihnen wichtig und was konnten Sie hier bereits erreichen?

Mir persönlich ist der Radverkehr wichtig. Ich konnte erreichen, dass der Verband

Mobilitätsstationen unterstützt: kostenlose, gesicherte Fahrradabstellung bei Benutzung des ÖPNV. Aber auch für den fahrradfreundlichen Ausbau der S-Bahn beim neuen Re-Design und die Bezuschussung von Reparatursäulen und Ladesäulen für Fahrräder/E-Bikes habe ich mich eingesetzt. Direkt erreicht haben wir von der ÖDP zudem die Einführung des 15-Minuten-Takts am Samstag bei der S-Bahn, eine Entschädigung für Bahn-Pendler*innen wegen der Nutzung von Ersatzbussen und die Einrichtung von Fischkinderstuben im Neckar.

Sie sind stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwal-

Mathias Rady

Jahrgang 1969, Technischer Direktor Prokurist, verheiratet, zwei erwachsene Kinder; für die ÖDP seit 2019 Regionalrat im Verband Stuttgart, verschiedene Vorstandsämter; Engagement in Kirchengemeinden, beim ADFC und in einem Musikverein.

Kontakt: mathias.rady@oedp.de



tung der Regionalversammlung. Inwiefern kann das Gremium die Transformation der regionalen Wirtschaft beeinflussen?

Wir können durch finanzielle Unterstützung die Wirtschaft in die von uns gewünschte Richtung bewegen und durch Ausweisung von Industrie-Standorten mit ÖPNV-Anbindung die Ansiedlung gezielt in die regionalplanerische Richtung platzieren.

Zusätzlich haben wir die Möglichkeit, über Netzwerke und Veranstaltungen Unternehmen aus verschiedenen Branchen zusammenzubringen. Darum kümmert sich die „Wirtschaftsförderung Region Stuttgart“. So können Unternehmen außerhalb des eigentlichen Betätigungsfeldes neue Chancen finden. Wir sind im Regionalverband auch an GmbHs beteiligt, die sich um neue Arbeitsfelder kümmern. So bin ich selbst Aufsichtsrat in der BioRegion STERN Management GmbH. Das Unternehmen fördert als Wirtschaftsentwickler neue, innovative biotechnologische Entwicklungen. Oder die Gigabit Region Stuttgart GmbH, die den Ausbau des Glasfaserkabels beschleunigt.

Durch das von der Region unterstützte Welcome-Center werden Fachkräfte aus dem Ausland betreut und an die Hand genommen.

Des Weiteren haben wir uns auf die Fahne geschrieben, für die Start-up-Landschaft in der Region ein Ökosystem zu schaffen.

Außerdem gibt es über Kofinanzierungen Förderungen im KI- oder Innovationsbereich.

Was sollte sich Ihrer Meinung nach in der Wirtschaft ändern?

Die Wirtschaft sollte diverser werden. In der Region Stuttgart ist der Großteil der Wirtschaft auf das Automobil fokussiert und mit der Transformation zur Elektromobilität gehen viele Arbeitsplätze verloren, die über Altersteilzeit sozialverträglich abgebaut werden. Was aber am Ende vom Tag für junge Menschen keine Hilfe ist, in die Arbeitswelt zu kommen. Hier muss es neue Industriezweige geben, um aus der Region Stuttgart kein Detroit 2.0 oder Ruhrpott 2.0 zu machen.

Herr Rady, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Wirtschaft, Würde und wir

Sollten Wirtschaft und Würde nicht überall als Traumpaar auftreten? Sinnstiftende Tätigkeiten, Absicherung bis ins Alter, auskömmlicher Lohn, gemeinsame Schaffung von Mehrwert und im Kreislauf geführte Ressourcen – klingt das nach einer Utopie? Vielerorts leider schon. Aber es muss nicht so bleiben! Deswegen setzen wir als ÖDP uns für die Transformation der Wirtschaft ein. Machen Sie mit!

Beitrittsantrag

Ich bin mindestens 14 Jahre alt und beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei als

- ☐ sofortiges reguläres Mitglied ☐ Schnuppermitglied¹
- ☐ Ich möchte zusätzlich Mitglied in der „Bundesvereinigung JÖ – jung. ökologisch“ sein.²

¹ Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

² Nur für Personen unter 36 Jahren. Wenn Sie gleichzeitig der ÖDP beitreten, zahlen Sie nur den ÖDP-Mitgliedsbeitrag, ansonsten 15,- Euro pro Jahr für die JÖ-Mitgliedschaft.

Pflichtfeld* bitte ausfüllen!

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Mobil/Telefon* _____

Beruf _____

Geburtsdag* _____

Der Beitritt wurde mir empfohlen

von _____

Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/-en (Partei/Zeitraum)*: _____

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz



Nutzen Sie alternativ unser Online-Formular:
www.oedp.de/mitgliedschaft

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- ☐ den Regelbeitrag von 10,- Euro pro Monat
- ☐ den Familienbeitrag von 11,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- ☐ den Seniorenbeitrag von 5,- Euro pro Monat
- ☐ den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro

Ich übernehme die jährlichen Kosten für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“:

- ☐ 20 € als Postsendung ☐ 10 € als PDF (digital)

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich ermächtige/Wir ermächtigen die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- ☐ jährliche Abbuchung ☐ halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig vom persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Bitte vormerken!

05.09.2026 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Thüringen in Apfelstädt
www.oedp-thueringen.de

07.09.2026 (Mo.)
Politischer Gillamoos der ÖDP Bayern in Abensberg
www.oedp-bayern.de

12.09.2026 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Hessen in Frankfurt a. M.
www.oedp-hessen.de

12.09.2026 (Sa.)
Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft 2026
www.oedp.de

14.09.2026 (Mo.)
Online-Vortrag: Was heißt Cradle-To-Cradle?
www.oedp.de

20.09.2026 (So.)
Müllsammelaktionen beim World Cleanup Day
www.oedp-bw.de

16.-18.10.2026 (Fr.-So.)
67. ÖDP-Bundesparteitag in Chemnitz
www.oedp.de

24.10.2026 (Sa.)
Parteitag der ÖDP Mittelfranken in Nürnberg
www.oedp-mittelfranken.de

10.11.2026 (Di.)
Online-Vortrag: Nachhaltige Ernährung mit oder ohne Fleisch
www.oedp.de

14.11.2026 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP NRW (online)
www.oedp-nrw.de

21.11.2026 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Bayern in Regensburg
www.oedp-bayern.de

22.11.2026 (So.)
ÖDP-Bundeshauptausschuss in Würzburg
www.oedp.de



Mehr ÖkologiePolitik

Die ÖkologiePolitik ist im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20,- € (per Post) bzw. für 10,- € (per E-Mail) im Jahr abonnieren. Alle Infos erhalten Sie unter:

➔ www.oekologiepolitik.de/abonnement/



IMPRESSUM

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
1. Oktober 2026

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei, Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de
Transparenz-Erklärung: oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel, Unstruttal/Thüringen
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Günther Brendle-Behnisch, Matthias Dietrich,
Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Erik Hofmann, Claude Kohnen,
Dr. Claudius Moseler, Manuela Ripa, Thomas Schiffelmann,
Dr. Peter Schneider Bernhard Suttner, Stefanie Talke,
Dr. Gitta Weber, Ronja Zöls-Biber

Interviewpartner

Andreas Dohmen, Prof. Dr. Dr. Elmar Nass, Mathias Rady

Layout

Grafikstudio Art und Weise, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz, Tel.: 06131 679820
redaktion@oekologiepolitik.de, www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00 | BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.



ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

ÖkologiePolitik weiterempfehlen
und abonnieren! Gedruckt oder online.
www.oekologiepolitik.de



Werden Sie Mitglied!
www.oedp.de

